

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS VOM
18. FEBRUAR 2020 ZUR ABÄNDERUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS VOM 12.
DEZEMBER 2005 ZWISCHEN DEM FÖDERALSTAAT, DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT,
DER FRANZÖSISCHEN GEMEINSCHAFT, DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT
UND DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION BEZÜGLICH DER UMSETZUNG
DES GESETZES VOM 24. APRIL 2003 ZUR REFORM DER ADOPTION**

INHALTSANGABE

Durch diesen Dekretentwurf soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 18. Februar 2020 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu dem einzigen Artikel.....	9
Vorentwurf	10
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen vom 18. Februar 2020 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption.....	11

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Adoptionen fallen sowohl in die Zuständigkeit des Föderalstaats als auch in die der Gemeinschaften. Der Föderalstaat ist zuständig für die Festlegung der Rahmenbedingungen einer Adoption, der Bestimmungen bezüglich der Formen einer Adoption sowie deren Auswirkungen und der Anerkennung von im Ausland erfolgten Adoptionen. Die Gemeinschaften sind im Rahmen der personenbezogenen Angelegenheiten für die Vorbereitung und Begleitung der Adoptionskandidaten, der Adoptierenden, der leiblichen Eltern sowie für die Adoptionsvermittlung zuständig.

Um trotz der Verteilung der Zuständigkeiten in Belgien ein kohärentes System zu erhalten, wurde neben dem Gesetz vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption und den Dekreten der Gemeinschaften im Jahr 2005 ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften abgeschlossen. Dieses Zusammenarbeitsabkommen umfasst Regelungen in Bezug auf die Vorbereitung der Adoptionskandidaten, die Sozialuntersuchungen, die Aufbewahrung, Kommunikation und Übermittlung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen und den Konzertierungs- und Begleitausschuss.

Durch das Gesetz vom 6. Juli 2017 zur Vereinfachung, Harmonisierung, Digitalisierung und Modernisierung von Bestimmungen im Bereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht und im Notariatswesen und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Justiz wurden die nationalen und internationalen Adoptionsverfahren im Hinblick auf die Eignung der Adoptionskandidaten harmonisiert. Dies machte eine Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 erforderlich, insbesondere der Artikel über die Sozialuntersuchungen, die in direktem Zusammenhang mit dem Verfahren zur Feststellung der Adoptionseignung stehen.

Darüber hinaus sind, nach mehr als zehn Jahren Anwendung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption und des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005, technische Änderungen erforderlich, um das Zusammenarbeitsabkommen an die bestehenden Vorgehensweisen der beteiligten Parteien anzupassen.

Diese technischen Änderungen betreffen im Wesentlichen die Information der leiblichen Eltern, den Inhalt der Sozialuntersuchungen, das ärztliche Attest sowie die Zusammensetzung und Organisation des Konzertierungs- und Begleitausschusses.

Infolge der Gesetzesänderung müssen zudem auch die Modalitäten der Finanzierung der Sozialuntersuchungen durch den Föderalstaat abgeändert und an die Vorgehensweisen der zentralen Behörden der Gemeinschaften angepasst werden.

Dementsprechend aktualisiert vorliegendes Zusammenarbeitsabkommen das Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005 bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption.

2. Kommentar zu den Artikeln des Zusammenarbeitsabkommens

Art. 1

Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens wird abgeändert, um auf den durch das Gesetz vom 6. Juli 2017 eingefügten Artikel 1231-1/2 Absatz 2 des Gerichtsgesetzbuchs zu verweisen. Dieser Artikel betrifft den Antrag auf Anerkennung der Eignung zur Adoption beim Familiengericht und betrifft sowohl Adoptionskandidaten für internationale Adoptionen als auch Adoptionskandidaten für Inlandsadoptionen. Der Verweis auf Artikel 1231-28 des Gerichtsgesetzbuchs wird gestrichen, da dieser Artikel durch das Gesetz vom 6. Juli 2017 aufgehoben wurde.

Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens sieht vor, dass Adoptionskandidaten nach Abschluss der Adoptionsvorbereitung eine Teilnahmebescheinigung erhalten. Diese Teilnahmebescheinigung ist gemäß Artikel 1231-1/2 Absatz 2 Nummer 2 des Gerichtsgesetzbuchs für den Antrag auf Anerkennung der Eignung zur Adoption erforderlich. Das neue Muster dieser Bescheinigung befindet sich in der Anlage des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens.

Art. 2

Artikel 348-4 Absatz 2 und 3 des Zivilgesetzbuchs bestimmt, dass das Familiengericht „und sein Sozialdienst“ die leiblichen Eltern über die Adoption und die Folgen ihrer Zustimmung informieren. Da das Familiengericht über keinen Sozialdienst verfügt, haben sich die Gemeinschaften in Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 bereit erklärt, diese Information zu gewährleisten. Die Gewährleistung der Information durch die Gemeinschaften lässt sich auch dadurch begründen, dass die Gemeinschaften direkt von den leiblichen Familien, die ihr Kind zur Adoption freigeben wollen, beauftragt wurden und somit bereits mit ihnen im Austausch stehen.

In der Praxis wurde diese Information der leiblichen Eltern bisher für alle extrafamiliären Inlandsadoptionen gewährleistet, jedoch nicht systematisch für intrafamiliäre Adoptionen (Artikel 346-1/1 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs). Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommens wird daher abgeändert, um zu ermöglichen, dass leibliche Eltern diese Informationen auch im Rahmen von intrafamiliären Adoptionen erhalten können. Somit gewährleisten die Gemeinschaften die Information der leiblichen Eltern des Kindes, wenn das Familiengericht die in Artikel 346-1/2 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Sozialuntersuchung anordnet. Wird die Sozialuntersuchung nicht angeordnet, sind die Gemeinschaften nicht verpflichtet die Information der leiblichen Eltern zu gewährleisten, können dies aber tun, wenn sie es für notwendig halten.

Die leiblichen Eltern werden auch vom Gericht informiert, wenn sie der Adoption zustimmen.

Art. 3

Bei den Abänderungen von Artikel 3 des Zusammenarbeitsabkommens handelt es sich um technische Änderungen im Zusammenhang mit dem Gesetz vom 6. Juli 2017 und der Tatsache, dass das Eignungsurteil nunmehr sowohl für internationale als auch für Inlandsadoptionen erforderlich ist.

Ausnahmen sind in Artikel 346-1/1 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs vorgesehen; bei einer intrafamiliären Adoption muss der Adoptionskandidat im Vorfeld kein Eignungsurteil erwirken.

Gemäß Artikel 346-1/2 des Zivilgesetzbuchs wird die Eignung vom Familiengericht auf der Grundlage einer von ihm angeordneten Sozialuntersuchung beurteilt. Die Rechtsgrundlage, auf Basis welcher das Familiengericht diese Sozialuntersuchung anordnet, hat sich

geändert. Daher muss auf die Artikel 1231-1/4, 1231-6, Absatz 1, 1231-10, Absatz 1 Nummer 3, 1231-35 und 1231-55 des Gerichtsgesetzbuchs verwiesen werden.

Außerdem wurde im Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005 nicht festgelegt, welcher Dienst mit der Durchführung der in Artikel 348-11 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Sozialuntersuchung (gründliche Sozialuntersuchungen über die missbräuchliche Verweigerung der Zustimmung zur Adoption) beauftragt werden kann. Um den Gerichten zu ermöglichen, diese Sozialuntersuchungen anzuordnen, legte der Justizminister 2010 in einem Rundschreiben fest, dass diese Untersuchungen in die Zuständigkeit der Justizhäuser fallen. Seitdem wurde die Zuständigkeit der Justizhäuser vergemeinschaftet. Das Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Dezember 2013 über die Durchführung der Aufträge der Justizhäuser verweist jedoch nicht auf diesen Artikel 348-11 des Zivilgesetzbuchs. Daher legt vorliegendes Zusammenarbeitsabkommen fest, dass der von der zuständigen Gemeinschaft bezeichnete Dienst zur Durchführung der Sozialuntersuchung ein Justizhaus sein kann.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die in Artikel 1231-10 Absatz 1 Nummer 3 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnte gründliche Untersuchung ebenfalls im Rahmen der Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes durchgeführt werden kann. Das Gericht sollte daher bei der Anordnung der Sozialuntersuchung über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden, angeben, ob auch die Untersuchung durchzuführen ist, um zu überprüfen, ob das Kind imstande ist, seine Meinung zum Adoptionsvorhaben zu äußern.

Art. 4

Artikel 4, der den Gegenstand der Sozialuntersuchung betrifft, wird angepasst, um der Entwicklung in den Adoptionsverfahren und der derzeitigen Praxis zu entsprechen.

Fragen im Zusammenhang mit philosophischen Konzepten wurden aus dem Zivilgesetzbuch gestrichen. Dementsprechend werden sie nicht mehr im Zusammenarbeitsabkommen aufgeführt.

Auch die genauen Eigenschaften des Kindes, das den Adoptionskandidaten anvertraut werden kann, werden gestrichen, da diese Informationen die Chancen einschränken könnten, dass ein Kind durch Adoptionskandidaten adoptiert wird.

Art. 5

Die ersten beiden Abänderungen von Artikel 5 sind technische Änderungen.

Die dritte Abänderung von Artikel 5 betrifft das ärztliche Attest. Der Gesundheitszustand der Adoptionskandidaten ist eine wichtige Information, die dem Richter für die Beurteilung der Eignung zur Adoption zur Verfügung stehen muss. Es ist erforderlich, dass der Arzt die Auswirkungen und die Bedeutung des von ihm auszustellenden Attests einschätzen kann. Daher soll er auf die wesentlichen Aspekte des Gesundheitszustandes der Adoptionskandidaten aufmerksam gemacht werden.

Art. 6

Dieser Artikel regelt die Finanzierungsmodalitäten der Sozialuntersuchungen durch den Föderalstaat. Die bestehenden Finanzierungsmodalitäten haben sich seit 2005 nicht geändert und müssen an die neuen Formen der Sozialuntersuchungen und die Veränderungen, die sich in diesem Bereich seit dem Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 ergeben haben, angepasst werden.

Artikel 6 wurde angepasst, um die Grundsätze festzulegen, die von den Parteien des Zusammenarbeitsabkommens bei der Neuverhandlung des zur Deckung eines Teils der Sozialuntersuchungskosten überwiesenen Pauschalbetrages berücksichtigt werden. Es handelt sich hierbei um die geschätzte Arbeitsbelastung, die tatsächlichen Lohnkosten und die tatsächliche Anzahl der in einem bestimmten Zeitraum durchgeführten Sozialuntersuchungen. Anhand dieser Informationen soll festgestellt werden, ob der Betrag noch ausreichend angepasst ist, damit eine qualitative Durchführung der Sozialuntersuchungen gewährleistet ist.

Bei der Finanzierung durch den Föderalstaat handelt sich um eine Teilfinanzierung, da die Durchführung der Sozialuntersuchungen eine geteilte Zuständigkeit des Föderalstaats und der Gemeinschaften ist.

Darüber hinaus wurde Artikel 6 angepasst, damit die Identität der Personen in der von den Gemeinschaften an den Föderalstaat übermittelten Forderungserklärung nicht mehr aufgeführt wird. Die Informationen bezüglich des Gerichts, das die Sozialuntersuchung angeordnet hat und der Aktenzeichen der Sache reichen aus, damit der Föderalstaat die durchgeführten Sozialuntersuchungen, die Arten der durchgeführten Sozialuntersuchungen und die gemäß den Artikeln 1231-18/1 und 1231-4 §1 des Gerichtsgesetzbuchs übermittelten Informationen miteinander in Verbindung bringen kann. Eine buchhalterische Kontrolle der Beträge, die gemäß Artikel 6 des Zusammenarbeitsabkommens an die Gemeinschaften überwiesen werden, kann also ohne Angaben zur Identität der Personen, die Gegenstand einer Sozialuntersuchung waren, erfolgen.

Art. 7

Mit diesem Artikel wird ein neues Kapitel II bis eingeführt, das sich auf die in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs und Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnten Berichte bezieht.

Art. 8

Artikel 8 fügt einen neuen Artikel 6/1 in das Zusammenarbeitsabkommen ein. Dieser Artikel sieht vor, dass der in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Bericht nach einem von den Gemeinschaften festgelegten Muster erstellt und von der zuständigen zentralen Gemeinschaftsbehörde genehmigt wird. Die Gemeinschaften können anerkannte Adoptionsvermittlungsdienste mit der Erstellung dieses Berichts beauftragen. Die Aufsicht über die Erstellung des Berichts wird von der zuständigen zentralen Gemeinschaftsbehörde gewährleistet, die diesen vor der Übermittlung an die ausländische Behörde genehmigen muss.

Der in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Bericht betrifft die Adoption eines Kindes, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat. Dieser von Artikel 15 des Haager Übereinkommens vorgeschriebene Bericht, der an die Behörden des Herkunftsstaates des Kindes gerichtet ist, enthält Informationen über die Adoptionskandidaten. Zuvor war die Staatsanwaltschaft für die Erstellung dieses Berichts verantwortlich.

Wie in Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuchs vorgesehen, wird der Bericht durch die von der Staatsanwaltschaft durchgeführte Untersuchung in Bezug auf den Leumund des Adoptionskandidaten ergänzt.

Der Artikel wurde abgeändert, um ausdrücklich festzulegen, wer für den Bericht zuständig ist. Im Übrigen wurde der fehlerhafte Verweis auf Artikel 1231-1/5 des „Zivilgesetzbuchs“ korrigiert.

Art. 9

Artikel 9 fügt einen neuen Artikel 6/2 in das Zusammenarbeitsabkommen ein. Der in Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnte Bericht wird nach einem von der zuständigen Gemeinschaft festgelegten Muster erstellt und von der zuständigen Zentralbehörde der Gemeinschaft genehmigt. Wie in Artikel 8 können die Gemeinschaften anerkannte Adoptionsvermittlungsdienste mit der Erstellung dieses Berichts beauftragen.

Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuchs, abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und von Bestimmungen zur Förderung alternativer Formen der Streitfalllösung, betrifft die Adoption eines Kindes im Ausland, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Belgien hat.

Art. 10

Der Titel von Kapitel III des Zusammenarbeitsabkommens wird abgeändert. Die Aufbewahrung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen fällt nicht mehr unter Kapitel III.

Art. 11

Kapitel III Abschnitt 1, der Artikel 7 des Zusammenarbeitsabkommens enthält, wird aufgehoben. Die Übermittlung an die föderale Zentralbehörde von Angaben über den Aufbewahrungsort der Adoptionsakten durch die Zentralbehörden der Gemeinschaften führt zu unnötigem Verwaltungsaufwand. Die Aufbewahrung von Adoptionsakten wird nun durch Artikel 368-6 des Zivilgesetzbuchs, den Königlichen Erlass vom 23. April 2017 und per Dekret geregelt.

Art. 12

Dieser Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Art. 13

Artikel 8 des Zusammenarbeitsabkommens wird abgeändert, damit die betroffenen Bestimmungen dem Gesetz vom 6. Juli 2017 und dem Gesetz vom 18. Juni 2018 entsprechen.

Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuchs sieht vor, dass die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung in Bezug auf den Leumund durchführt. Diese besteht in der Überprüfung und Einsichtnahme in das Strafregister der Adoptionskandidaten.

Art. 14

Dieser Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Art. 15

Die erste Abänderung ist rein technischer Natur.

Die zweite Abänderung betrifft das Adoptionsverfahren eines Kindes, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Brüssel hat.

Art. 16

Artikel 11 wird angepasst, um den durch das Gesetz vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und von Bestimmungen zur Förderung alternativer Formen der Streitfalllösung abgeänderten Grundlagen des Gerichtsgesetzbuchs zu entsprechen.

Art. 17

Artikel 12 des Zusammenarbeitsabkommens legt die Organisation und Zusammensetzung des Konzertierungs- und Begleitausschusses fest.

Die Zusammensetzung des Konzertierungs- und Begleitausschusses wird an die Bedürfnisse seiner ordnungsgemäßen Funktion angepasst.

Ebenfalls ist vorgesehen, dass der Konzertierungs- und Begleitausschuss eine Geschäftsordnung festlegen kann.

Art. 18

Dieser Artikel ersetzt die Anhänge des Zusammenarbeitsabkommens, um sie an die jüngsten Gesetzesänderungen anzupassen.

Art. 19

Dieser Artikel legt die Modalitäten für das Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens fest.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einzigster Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 18. Februar 2020 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 18. Februar 2020 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

**Antonios
Antoniadis**

Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis
Datum: 2020.05.07
15:48:43 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommen vom 18. Februar 2020 zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption

Als Anlage separat beigefügt.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD
VAN 18 FEBRUARI 2020 TOT WIJZIGING VAN HET SAMENWERKINGSAKKOORD VAN 12 DECEM-
BER 2005 TUSSEN DE FEDERALE STAAT, DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, DE FRANSE GEMEEN-
SCHAP, DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP EN DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOM-
MISSIE INZAKE DE TENUITVOERLEGGING VAN DE WET VAN 24 APRIL 2003 TOT HERVORMING
VAN DE ADOPTIE**

INHOUD

Dit ontwerp van decreet heeft tot doel instemming te verlenen met het samenwerkingsakkoord van 18 februari 2020 tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van het enige artikel.....	9
Voorontwerp	10
 Bijlage	
Samenwerkingsakkoord van 18 februari 2020 tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie	11

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving

Adopties vallen zowel onder de bevoegdheid van de Federale Staat als onder die van de gemeenschappen. De Federale Staat is bevoegd voor het vaststellen van de raamvoorwaarden inzake adoptie, voor het bepalen van de vormen van adoptie en de uitwerkingen ervan, alsook voor de erkenning van adopties die tot stand zijn gekomen in het buitenland. De gemeenschappen zijn, in het kader van de persoonlijke aangelegenheden, bevoegd voor de voorbereiding en begeleiding van de kandidaat-adoptanten, adoptanten en oorspronkelijke ouders, alsook voor de adoptiebemiddeling.

Om ondanks de bevoegdheidsverdeling in België toch nog een coherent systeem te behouden, werd in 2005 - naast de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie en de decreten van de gemeenschappen - een samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en de gemeenschappen gesloten. Dat samenwerkingsakkoord omvat bepalingen betreffende de voorbereiding van kandidaat-adoptanten, betreffende de maatschappelijke onderzoeken, betreffende het bewaren, meedelen en doorgeven van documenten, verslagen en beslissingen, en betreffende de 'Commissie van overleg en opvolging'.

Bij de wet van 6 juli 2017 houdende vereenvoudiging, harmonisering, informatisering en modernisering van bepalingen van burgerlijk recht en van burgerlijk procesrecht alsook van het notariaat en houdende diverse bepalingen inzake justitie werden de nationale en internationale adoptieprocedures met betrekking tot de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten op elkaar afgestemd. Daardoor moet ook het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 worden aangepast, in het bijzonder de artikelen over de maatschappelijke onderzoeken die rechtstreeks verband houden met de procedure voor het vaststellen van de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten.

Bovendien zijn na meer dan tien jaar toepassing van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie en het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 technische wijzigingen nodig om het samenwerkingsakkoord aan te passen aan de bestaande handelwijzen van de betrokken partijen.

Die technische wijzigingen hebben vooral betrekking op de informatie die aan de oorspronkelijke ouders moet worden verstrekt, de inhoud van de maatschappelijke onderzoeken, het medisch attest en de samenstelling en organisatie van de 'Commissie van overleg en opvolging'.

Als gevolg van de wetswijziging moet ook de wijze waarop de Federale Staat de maatschappelijke onderzoeken financiert, worden gewijzigd en worden aangepast aan de handelwijzen van de centrale autoriteiten van de gemeenschappen.

Om die redenen wordt het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 bij het voorliggende samenwerkingsakkoord geactualiseerd met betrekking tot de uitvoering van de wet van 24 april 2003 betreffende de hervorming van de adoptie.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Art. 1

Artikel 1 van het samenwerkingsakkoord wordt gewijzigd om te verwijzen naar artikel 1231-1/2, tweede lid, van het Gerechtelijk Wetboek, ingevoegd bij de wet van 6 juli 2017. Dat artikel betreft de indiening van het verzoek dat kandidaat-adoptanten bij de familierechtbank kunnen indienen om hun geschiktheid om te adopteren te laten vaststellen; dat artikel betreft zowel kandidaat-adoptanten voor interlandelijke adopties als kandidaat-adoptanten voor binnenlandse adopties. De verwijzing naar artikel 1231-28 van het Gerechtelijk Wetboek verdwijnt, aangezien dat artikel bij de wet van 6 juli 2017 werd opgeheven.

Artikel 1 van het samenwerkingsakkoord bepaalt dat kandidaat-adoptanten een deelnemingsattest ontvangen, nadat ze de voorbereiding op de adoptie hebben gevolgd. Overeenkomstig artikel 1231-1/2, tweede lid, 2°, van het Gerechtelijk Wetboek is dat deelnemingsattest noodzakelijk om het verzoek tot vaststelling van de geschiktheid om te adopteren te kunnen indienen. Het nieuwe model van dat attest gaat als bijlage bij het voorliggende samenwerkingsakkoord.

Art. 2

Artikel 348-4, tweede en derde lid, van het Burgerlijk Wetboek bepaalt dat de familierechtbank "en haar sociale dienst" de oorspronkelijke ouders over de adoptie en de gevolgen van hun toestemming informeren. Aangezien de familierechtbank geen sociale dienst heeft, hebben de gemeenschappen zich in artikel 2 van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 bereid verklaard om die informatie te verstrekken. Dat de gemeenschappen die informatie verstrekken, laat zich ook rechtvaardigen door het feit dat de gemeenschappen rechtstreeks gemandateerd worden door oorspronkelijke ouders die hun kind willen afstaan voor adoptie en dus al informatie met hen uitwisselen.

In de praktijk werden de oorspronkelijke ouders tot dusver geïnformeerd voor alle extrafamiliale binnenlandse adopties, maar niet systematisch bij intrafamiliale adopties (artikel 346-1/1, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek). Bijgevolg wordt artikel 2 van het samenwerkingsakkoord gewijzigd om ervoor te zorgen dat oorspronkelijke ouders die informatie ook in het kader van intrafamiliale adopties kunnen krijgen. De gemeenschappen zullen de oorspronkelijke ouders van het kind dus informeren, wanneer de familierechtbank het in artikel 346-1/2 van het Burgerlijk Wetboek vermelde maatschappelijk onderzoek beveelt. Als geen maatschappelijk onderzoek wordt bevolen, zijn de gemeenschappen niet verplicht om de oorspronkelijke ouders te informeren, maar mogen ze dat wel doen als ze dit noodzakelijk achten.

Als de oorspronkelijke ouders met de adoptie instemmen, worden ze ook door de rechtbank geïnformeerd.

Art. 3

De wijzigingen van artikel 3 van het samenwerkingsakkoord zijn technische wijzigingen die verband houden met de wet van 6 juli 2017 en met het feit dat het geschiktheidsvonnis voortaan zowel voor interlandelijke adopties als voor binnenlandse adopties vereist is.

Artikel 346-1/1, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek voorziet in uitzonderingen; in het kader van een intrafamiliale adoptie hoeft de kandidaat-adoptant vooraf geen geschiktheidsvonnis te verkrijgen.

Overeenkomstig artikel 346-1/2 van het Burgerlijk Wetboek wordt de geschiktheid beoordeeld door de familierechtbank op grond van een door haar bevolen maatschappelijk onderzoek. De

rechtsgrond op basis waarvan de familierechtbank dat maatschappelijk onderzoek beveelt, is gewijzigd. Daarom moet verwezen worden naar de artikelen 1231-1/4, 1231-6, eerste lid, 1231-10, eerste lid, 3°, 1231-35 en 1231-55 van het Gerechtelijk Wetboek.

Bovendien werd in het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 niet bepaald welke dienst belast kan worden met de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek vermeld in artikel 348-11, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek (grondige maatschappelijke onderzoeken naar de onverantwoorde weigering om toe te stemmen in de adoptie). Om de rechtbanken de mogelijkheid te bieden die maatschappelijke onderzoeken te bevelen, bepaalde de Minister van Justitie in 2010 in een omzendbrief dat die onderzoeken tot de bevoegdheid van de justitiehuizen behoren. Intussen zijn de gemeenschappen bevoegd geworden voor de justitiehuizen. In het samenwerkingsakkoord van 17 december 2013 met betrekking tot de uitoefening van de opdrachten van de justitiehuizen wordt echter niet naar dat artikel 348-11 van het Burgerlijk Wetboek verwezen. Daarom bepaalt het voorliggende samenwerkingsakkoord dat de dienst die door de bevoegde gemeenschap is aangewezen om het maatschappelijk onderzoek uit te voeren een justitiehuis kan zijn.

Tot slot moet erop gewezen worden dat het grondige onderzoek vermeld in artikel 1231-10, eerste lid, 3°, van het Gerechtelijk Wetboek ook kan worden uitgevoerd in het kader van het maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind. Bij het bevelen van het maatschappelijk onderzoek naar het belang van het kind om geadopteerd te worden, dient de rechtbank bijgevolg te vermelden of ook moet worden onderzocht of het kind in staat is zijn mening te uiten over de geplande adoptie.

Art. 4

Artikel 4, waarin wordt bepaald waarop het maatschappelijk onderzoek betrekking moet hebben, wordt aangepast teneinde in te spelen op de evolutie in de opvattingen over adoptie en op de huidige praktijk.

De vragen met betrekking tot de levensbeschouwelijke overtuiging werden geschrapt in het Burgerlijk Wetboek. Er is dus ook geen reden meer om ze in het samenwerkingsakkoord te behouden.

Ook de precieze kenmerken van het kind dat aan de kandidaat-adoptanten kan worden toevertrouwd, worden geschrapt, omdat deze kenmerken inlichtingen kunnen zijn die de kansen kunnen verkleinen dat de kandidaat-adoptanten een kind zullen adopteren.

Art. 5

De eerste twee wijzigingen van artikel 5 zijn technische wijzigingen.

De derde wijziging van artikel 5 betreft het medisch attest. De gezondheidstoestand van de kandidaat-adoptanten is een belangrijke informatie waarover de rechter moet beschikken om te beoordelen of kandidaat-adoptanten geschikt zijn om een kind te adopteren. De arts moet kunnen inschatten welke impact en welk belang het door hem af te geven attest kan hebben. Daarom is het uiterst belangrijk dat zijn aandacht wordt gevestigd op de belangrijke elementen met betrekking tot de gezondheidstoestand van de kandidaat-adoptanten.

Art. 6

Dit artikel regelt de wijze waarop de Federale Staat de maatschappelijke onderzoeken financiert. De bestaande financieringsregels zijn sinds 2005 onveranderd gebleven en moeten worden aangepast aan de nieuwe vormen van maatschappelijk onderzoek en aan de veranderingen die zich op dat gebied hebben voorgedaan sinds de inwerkingtreding van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005.

Artikel 6 werd aangepast om de principes te verankeren die de partijen bij het samenwerkingsakkoord in acht nemen bij de heronderhandeling over het forfaitaire bedrag dat wordt gestort om een deel van de kosten van de maatschappelijke onderzoeken te dekken. Het gaat hierbij om de geraamde werklust, de werkelijke loonkosten en het werkelijke aantal maatschappelijke onderzoeken die binnen een bepaalde periode werden uitgevoerd. Aan de hand van die informatie dient te worden bepaald of het bedrag nog toereikend is om een kwaliteitsvolle uitvoering van de maatschappelijke onderzoeken te waarborgen.

Bij de financiering door de Federale Staat gaat het om een gedeeltelijke financiering, aangezien de uitvoering van de maatschappelijke onderzoeken een gedeelde bevoegdheid van de Federale Staat en de gemeenschappen is.

Voorts werd artikel 6 aangepast, opdat de identiteit van de personen niet meer vermeld wordt in de verklaring van schuldvordering die de gemeenschappen bij de Federale Staat indienen. De Federale Staat hoeft alleen de rechtbank die het maatschappelijk onderzoek bevolen heeft en het rolnummer van de zaak te kennen om een verband te kunnen leggen tussen de uitgevoerde maatschappelijke onderzoeken, de aard van de uitgevoerde maatschappelijke onderzoeken en de overeenkomstig de artikelen 1231-18/1 en 1231-4, § 1, van het Gerechtelijk Wetboek overgezonden informatiegegevens. De bedragen die overeenkomstig artikel 6 van het samenwerkingsakkoord aan de gemeenschappen worden gestort, kunnen dus boekhoudkundig gecontroleerd worden, zonder dat wordt vermeld wie aan een maatschappelijk onderzoek werd onderworpen.

Art. 7

Met dit artikel wordt een nieuw hoofdstuk IIbis ingevoerd dat betrekking heeft op de verslagen bedoeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek en artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek.

Art. 8

Artikel 8 voegt een nieuw artikel 6/1 in het samenwerkingsakkoord in. Dit artikel bepaalt dat het verslag bedoeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek wordt opgesteld volgens een model dat door de gemeenschappen wordt vastgelegd en door de bevoegde centrale autoriteit van de gemeenschap wordt goedgekeurd. De gemeenschappen kunnen erkende adoptiediensten belasten met het opstellen van dat verslag. Het toezicht op het opstellen van het verslag wordt uitgeoefend door de bevoegde centrale autoriteit van de gemeenschap; de bevoegde centrale autoriteit van de gemeenschap moet dat verslag goedkeuren voordat het aan de buitenlandse autoriteit wordt overgezonden.

Het verslag bedoeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek heeft betrekking op de adoptie van een kind dat zijn gewone verblijfplaats in het buitenland heeft. Dat verslag, dat door artikel 15 van het Haags Adoptieverdrag wordt voorgeschreven, wordt gericht aan de autoriteiten van de staat van herkomst van het kind en bevat gegevens over de kandidaat-adoptanten. Vroeger was het openbaar ministerie voor het opstellen van dat verslag verantwoordelijk.

Zoals in artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek wordt bepaald, wordt het verslag aangevuld met het door het openbaar ministerie uitgevoerde moraliteitsonderzoek naar het onberispelijk gedrag van de kandidaat-adoptant.

Het artikel werd gewijzigd om uitdrukkelijk te bepalen wie bevoegd is voor het verslag. Voorts wordt de foute verwijzing naar artikel 1231-1/5 "van het Burgerlijk Wetboek" gecorrigeerd.

Art. 9

Artikel 9 voegt een nieuw artikel 6/2 in het samenwerkingsakkoord in. Het verslag bedoeld in artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek wordt opgesteld volgens een model dat door de bevoegde gemeenschap wordt vastgelegd en dat door de bevoegde centrale autoriteit van de gemeenschap wordt goedgekeurd. Net zoals in artikel 8 kunnen de gemeenschappen erkende adoptiediensten belasten met het opstellen van dat verslag.

Artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek, gewijzigd bij de wet van 18 juni 2018 houdende diverse bepalingen inzake burgerlijk recht en bepalingen met het oog op de bevordering van alternatieve vormen van geschillenoplossing, heeft betrekking op de adoptie van een kind in het buitenland dat zijn gewone verblijfplaats in België heeft.

Art. 10

Het opschrift van hoofdstuk III van het samenwerkingsakkoord wordt gewijzigd. Het bewaren van documenten, verslagen en beslissingen valt niet meer onder hoofdstuk III.

Art. 11

Hoofdstuk III, afdeling 1, dat artikel 7 van het samenwerkingsakkoord omvat, wordt opgeheven. Het verzenden aan de federale centrale autoriteit van gegevens over de plaats waar de centrale autoriteiten van de gemeenschappen de adoptiedossiers bewaren, leidt tot onnodige administratieve rompslomp. Het bewaren van adoptiedossiers wordt nu geregeld bij artikel 368-6 van het Burgerlijk Wetboek, bij het koninklijk besluit van 23 april 2017 en per decreet.

Art. 12

Dit artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

Art. 13

Artikel 8 van het samenwerkingsakkoord wordt in overeenstemming gebracht met de desbetreffende bepalingen van de wet van 6 juli 2017 en de wet van 18 juni 2018.

Artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek bepaalt dat het openbaar ministerie een moraliteitsonderzoek uitvoert. Dat onderzoek bestaat in de controle en de raadpleging van het strafregister van de kandidaat-adoptanten.

Art. 14

Dit artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

Art. 15

De eerste wijziging is van puur technische aard.

De tweede wijziging heeft betrekking op de procedure voor de adoptie van een kind dat zijn gewone verblijfplaats in Brussel heeft.

Art. 16

Artikel 11 wordt in overeenstemming gebracht met het Gerechtelijk Wetboek, zoals gewijzigd bij de wet van 18 juni 2018 houdende diverse bepalingen inzake burgerlijk recht en bepalingen met het oog op de bevordering van alternatieve vormen van geschillenoplossing.

Art. 17

Artikel 12 van het samenwerkingsakkoord regelt de organisatie en de samenstelling van de 'Commissie van overleg en opvolging'.

De samenstelling van de 'Commissie van overleg en opvolging' wordt aangepast om goed te kunnen functioneren.

Voorts wordt bepaald dat de 'Commissie van overleg en opvolging' een huishoudelijk reglement kan opstellen.

Art. 18

Bij dit artikel worden de bijlagen van het samenwerkingsakkoord in overeenstemming gebracht met de recente wetswijzigingen.

Art. 19

Dit artikel bepaalt de nadere regels voor de inwerkingtreding van het samenwerkingsakkoord.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van 18 februari 2020 tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het samenwerkingsakkoord van 18 februari 2020 tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord van 18 februari 2020 tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

18 FEB. 2020

Samenwerkingsakkoord van ... tot wijziging van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie

1. Algemene toelichting betreffende de inhoud van het samenwerkingsakkoord

De Federale Staat, de gemeenschappen en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie kunnen overeenkomstig artikel 92bis, § 1, eerste lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen samenwerkingsakkoorden sluiten die onder meer betrekking hebben op het gezamenlijk uitoefenen van eigen bevoegdheden, of op de gemeenschappelijke ontwikkeling van initiatieven.

Dit akkoord beoogt de aanpassing en de bijwerking van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie. Titel 2 van de wet van 6 juli 2017 houdende vereenvoudiging, harmonisering, informatisering en modernisering van bepalingen van burgerlijk recht en van burgerlijk procesrecht alsook van het notariaat, en houdende diverse bepalingen

18 FEB. 2020

Zusammenarbeitsabkommen vom. . . zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption

1. Allgemeine Erläuterungen zum Inhalt des Zusammenarbeitsabkommens

Nach Artikel 92bis § 1 Abs. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen können der Föderalstaat, die Gemeinschaften und die Regionen Zusammenarbeitsabkommen abschließen, die sich insbesondere auf die gemeinsame Gründung und Verwaltung gemeinschaftlicher Dienststellen und Einrichtungen, auf die gemeinsame Ausübung eigener Befugnisse oder auf die gemeinschaftliche Entwicklung von Initiativen beziehen.

Mit diesem Abkommen soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005 bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption angepasst und aktualisiert werden. Titel 2 des Gesetzes vom 6. Juli 2017 zur Vereinfachung, Harmonisierung, Digitalisierung und Modernisierung von Bestimmungen im Bereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht und im Notariatswesen und zur Festlegung verschiedener

18 FEB. 2020

Accord de coopération du ... modifiant l'accord de coopération du 12 décembre 2005 entre l'Etat fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune relatif à la mise en œuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption

1. Exposé général relatif au contenu de l'accord de coopération

Selon l'article 92bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'Etat fédéral, les Communautés et la Commission communautaire commune peuvent conclure un accord de coopération qui porte notamment sur l'exercice conjoint de compétences propres, ou sur le développement d'initiatives en commun.

Cet accord vise à adapter et à mettre à jour l'accord de coopération du 12 décembre 2005 relatif à la mise en œuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption. En effet, le Titre 2 de la loi du 6 juillet 2017 portant simplification, harmonisation, informatisation et modernisation de dispositions de droit civil et de procédure civile ainsi que du notariat, et portant diverses mesures en matière de justice, et le Titre 5 de la loi du 18 juin 2018

inzake justitie en titel 5 van de wet van 18 juni 2018 houdende diverse bepalingen inzake burgerlijk recht en bepalingen met het oog op de bevordering van alternatieve vormen van geschillenoplossing hebben een wijziging van het voornoemde samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 immers noodzakelijk gemaakt.

Bestimmungen im Bereich Justiz sowie Titel 5 des Gesetzes vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und von Bestimmungen zur Förderung alternativer Formen der Streitfalllösung, haben eine Abänderung des oben genannten Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 erforderlich gemacht.

portant dispositions diverses en matière de droit civil et portant modification du Code judiciaire en vue de promouvoir des formes alternatives de résolution des litiges, ont rendu nécessaire la modification de l'accord de coopération du 12 décembre 2005 précité.

Titel 2 van de wet van 6 juli 2017 houdende vereenvoudiging, harmonisering, informatisering en modernisering van bepalingen van burgerlijk recht en van burgerlijk procesrecht alsook van het notariaat, en houdende diverse bepalingen inzake justitie heeft als hoofddoel de procedures voor binnenlandse en interlandelijke adoptie te harmoniseren op het stuk van de beoordeling van de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten. Voor de kandidaten voor binnenlandse adoptie werd de verplichting ingevoerd om een geschiktheidsvonnis te verkrijgen. De wetgever achtte de garanties uit hoofde van het Verdrag van 's-Gravenhage van 29 mei 1993 inzake de internationale samenwerking en de bescherming van kinderen op het gebied van de interlandelijke adoptie dermate belangrijk voor de eerbiediging van de rechten van het kind, dat alle kinderen geadopteerd in België gelijksoortige garanties moeten kunnen genieten.

Titel 2 des Gesetzes vom 6. Juli 2017 zur Vereinfachung, Harmonisierung, Digitalisierung und Modernisierung von Bestimmungen im Bereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht und im Notariatswesen und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Justiz hat als Hauptziel die Harmonisierung der nationalen und internationalen Adoptionsverfahren im Hinblick auf die Bewertung der Eignung der Adoptionskandidaten. Die Verpflichtung, ein Urteil über die Eignung von Kandidaten für eine Inlandsadoption zu erhalten, wurde eingeführt. Der Gesetzgeber vertrat die Auffassung, dass die durch das Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption vorgesehenen Garantien für die Achtung der Rechte des Kindes so wichtig waren, dass allen in Belgien adoptierten Kindern ähnliche Garantien gewährt werden sollten.

Le Titre 2 de la loi du 6 juillet 2017 portant simplification, harmonisation, informatisation et modernisation de dispositions de droit civil et de procédure civile ainsi que du notariat, et portant diverses mesures en matière de justice, a pour objectif principal d'harmoniser les procédures d'adoption interne et internationale en ce qui concerne l'évaluation de l'aptitude des candidats adoptants. L'obligation d'obtenir un jugement d'aptitude pour les candidats à l'adoption interne a été introduite. Le législateur a considéré que les garanties défendues par la Convention de La Haye du 29 mai 1993 sur la protection des enfants et la coopération en matière d'adoption internationale étaient à ce point importantes pour le respect des droits de l'enfant, qu'il fallait permettre à tous les enfants adoptés en Belgique de bénéficier de garanties semblables.

De wijzigingen waarin de wet van 6 juli 2017 voorziet, maken het noodzakelijk om het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005, en inzonderheid de artikelen betreffende het

Die im Gesetz vom 6. Juli 2017 vorgesehenen Änderungen erfordern eine Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005, insbesondere der Artikel über die

Les modifications prévues par la loi du 6 juillet 2017 entraînent la nécessité de modifier l'accord de coopération du 12 décembre 2005, en particulier les articles concernant l'enquête sociale qui

maatschappelijk onderzoek, die rechtstreeks verband houden met de procedure tot verkrijging van het geschiktheidsvonnis, te wijzigen.

Sozialuntersuchung, die in direktem Zusammenhang mit dem Verfahren zur Feststellung der Adoptionseignung stehen.

sont directement liés à la procédure d'obtention du jugement d'aptitude.

Bovendien zijn na meer dan 10 jaar toepassing van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie, en inzonderheid van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005, technische wijzigingen noodzakelijk om het samenwerkingsakkoord aan te passen aan de bestaande handelwijzen van de verschillende entiteiten die er partij bij zijn.

Darüber hinaus sind nach mehr als zehn Jahren der Anwendung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption und insbesondere des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 technische Änderungen erforderlich, um das Zusammenarbeitsabkommen an die bestehenden Vorgehensweisen der beteiligten Parteien anzupassen.

En outre, après plus de 10 ans d'application de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption, et en particulier de l'accord de coopération du 12 décembre 2005, des modifications techniques sont nécessaires afin de l'adapter à la pratique existante des différentes entités parties à l'accord de coopération.

Die technische aanpassingen hebben voornamelijk betrekking op het voorafgaandelijk informeren van de oorspronkelijke ouders, het voorwerp van het maatschappelijk onderzoek, het medisch attest en de samenstelling en de organisatie van de Commissie van overleg en opvolging.

Diese technischen Änderungen betreffen im Wesentlichen die Information der leiblichen Eltern, den Gegenstand der Sozialuntersuchung, das ärztliche Attest sowie die Zusammensetzung und Organisation des Konzertierungs- und Begleitausschusses.

Ces adaptations techniques visent principalement l'information préalable des parents d'origine, l'objet de l'enquête sociale, l'attestation médicale, ainsi que la composition et l'organisation de la Commission de concertation et de suivi.

Bovendien dient ook de wijze waarop de Federale Staat de maatschappelijke onderzoeken financiert te worden gewijzigd ingevolge de wetwijzigingen en moet zij worden aangepast aan de handelwijzen van de centrale autoriteiten van de gemeenschappen.

Darüber hinaus muss auch die Modalität der Finanzierung der Sozialuntersuchungen durch den Föderalstaat aufgrund von Gesetzesänderungen geändert und an die Vorgehensweisen der Zentralbehörden der Gemeinschaften angepasst werden.

Par ailleurs, la méthode de financement par l'Etat fédéral des enquêtes sociales doit également être modifiée à la suite des changements législatifs, et adaptée aux pratiques des autorités centrales communautaires.

De Raad van State beveelt in zijn advies aan om het samenwerkingsakkoord aan te vullen opdat de kwesties waarop de aandacht werd gevestigd in advies nr. 64.505/2/VR, over de noodzaak een

Der Staatsrat empfiehlt in seiner Stellungnahme, das Zusammenarbeitsabkommen zu ergänzen, um die in der Stellungnahme Nr. 64.505/2/VR angesprochenen Fragen bezüglich der Notwendigkeit eines

Le Conseil d'Etat recommande dans son avis de compléter l'accord de coopération afin d'aborder les questions mises en évidence par l'avis n°64.505/2/VR, à propos de la nécessité de conclure un accord de coopération en matière d'accès aux

samenwerkingsakkoord te sluiten inzake de toegang tot dossiers en het zoeken naar afkomst, worden behandeld. Deze aanbeveling werd niet gevolgd. Het samenwerkingsakkoord dient immers uiterlijk op 1. januari 2020 in werking te treden; deze kwestie vereist echter onderhandelingen tussen de partijen bij het samenwerkingsakkoord en moet worden voorgelegd aan de gegevensbeschermingsautoriteit, waardoor deze niet tijdig zou kunnen worden opgelost. Voorts zijn de vorige adviezen van de Raad van State inzake deze kwestie, in het kader van de bespreking van andere ontwerpteksten voor wetten, decreten en regelgevingen, niet altijd unaniem geweest. Bepaalde adviezen oordeelden dat elke entiteit de toegang tot haar eigen archieven zelfstandig kon regelen. Alleen de twee meest recente adviezen oordeelden dat er behoefte was aan een samenwerkingsakkoord.

Gezien de gevoeligheid van dit onderwerp, de moeilijkheid om oplossingen te vinden zodat elke entiteit op dezelfde basis werkt, en het feit dat de huidige praktijk geregeld wordt door teksten die in de praktijk niet principieel problematisch lijken, wordt voorgesteld de tijd te nemen voor een brede discussie over deze kwesties om daarna een verschillend samenwerkingsakkoord te bereiken.

Bovendien houdt de kwestie over de toegang van de geadopteerde tot de informatie inzake zijn oorsprong eveneens verband met de toegang tot de akten van de burgerlijke stand en de DABS. Het verdient de aanbeveling af te wachten hoe het nieuwe systeem

Zusammenarbeitsabkommens im Bereich des Zugangs zu Akten und Recherchen im Herkunftsland zu behandeln. Dieser Empfehlung wurde nicht Folge geleistet. Das Zusammenarbeitsabkommen sollte grundsätzlich spätestens am 1. Januar 2020 in Kraft treten; diese Angelegenheit erfordert jedoch Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien des Zusammenarbeitsabkommen und sollte der Datenschutzbehörde vorgelegt werden, wodurch sie nicht rechtzeitig beigelegt werden könnte. Im Übrigen waren die früheren Stellungnahmen des Staatsrats zu dieser Frage im Rahmen der Prüfung anderer Entwürfe von Rechts-, Verordnungs- und Gesetzestexten nicht immer einstimmig, da einige der Auffassung waren, dass jede Einrichtung eigenständig den Zugang zu ihren eigenen Archiven regeln sollte, wobei nur die beiden letzten Entwürfe ein Zusammenarbeitsabkommen für notwendig hielten. In Anbetracht der heiklen Natur dieser Angelegenheit, der Schwierigkeit, Lösungen zu finden, damit jede Einrichtung auf derselben Grundlage vorgeht, und der Tatsache, dass die derzeitige Praxis in jeder Einheit durch Texte geregelt wird, die in der Praxis offenbar nicht grundlegend problematisch erscheinen, wird vorgeschlagen, sich Zeit zu nehmen, um eine umfassende Debatte über diese Punkte zu eröffnen, um diese Frage später in einem gesonderten Zusammenarbeitsabkommen zu regeln. Darüber hinaus ist die Frage des Zugangs der adoptierten Person zu Informationen über ihre Herkunft auch mit dem Zugang zu den Personenstandsunterlagen und der BAEC (Datenbank für

dossiers et de recherches des origines. Cette recommandation n'a pas été suivie. En effet, l'accord de coopération devrait en principe entrer en vigueur au plus tard le 1^{er} janvier 2020 ; or cette question nécessite des négociations entre les parties à l'accord de coopération et devrait être soumise à l'autorité de protection des données ; elle ne pourrait donc être résolue à temps. Par ailleurs, les avis rendus précédemment par le Conseil d'État sur cette question, dans le cadre de l'examen d'autres projets de textes légaux, décrets et réglementaires, n'ont pas toujours été unanimes. Certains d'entre eux estimant que chaque entité était autonome pour réglementer l'accès à ses propres archives. Seuls les deux derniers en date estimant qu'un accord de coopération était nécessaire. Etant donné l'aspect sensible de cette matière, la difficulté de trouver des solutions pour que chaque entité fonctionne sur les mêmes bases, et le fait que la pratique actuelle est régie dans chaque entité par des textes qui ne semblent pas poser fondamentalement problème dans la pratique, il est proposé de prendre le temps pour ouvrir une large discussion sur ces questions, afin de régler ultérieurement la question dans un accord de coopération distinct. De plus, la question de l'accès par l'adopté aux informations relatives à ses origines est également liée à l'accès aux actes de l'état civil et à la BAEC. Il est préférable d'attendre de voir comment le nouveau système entré en vigueur le 31 mars 2019 fonctionne.

dat op 31 maart 2019 in werking is getreden, functioneert.

Personenstandsurkunden) verbunden. Es ist besser, abzuwarten, wie das am 31. März 2019 in Kraft getretene neue System funktioniert.

De Raad van State beveelt eveneens aan om het samenwerkingsakkoord aan te vullen teneinde het beginsel erin op te nemen dat de bevoegde centrale autoriteit van de gemeenschap in België gemachtigd is om een contact tussen de adoptanten en de ouders van het kind toe te staan (artikel 363-1 van het Burgerlijk Wetboek). Deze aanbeveling werd niet gevolgd. Zoals de vorige aanbeveling vereist deze kwestie onderhandelingen tussen de partijen bij het samenwerkingsakkoord en zou de kwestie niet tijdig kunnen worden opgelost opdat het samenwerkingsakkoord op 1 januari 2020 in werking treedt.

Ebenfalls empfiehlt der Staatsrat, das Zusammenarbeitsabkommen zu ergänzen, um den Grundsatz festzulegen, nach dem die zuständige gemeinschaftliche Zentralbehörde in Belgien dazu befugt ist, einen Kontakt zwischen den Adoptierenden und den Eltern des Kindes zu erlauben (Artikel 363-1 des Zivilgesetzbuches). Diese Empfehlung wurde nicht befolgt. Wie bei der vorigen Empfehlung erfordert diese Frage nämlich Verhandlungen zwischen den Parteien des Zusammenarbeitsabkommens und könnte sie nicht rechtzeitig beigelegt werden, damit das Zusammenarbeitsabkommen am 1. Januar 2020 in Kraft tritt.

Le Conseil d'Etat recommande également de compléter l'accord de coopération pour y prévoir le principe selon lequel c'est l'autorité centrale communautaire compétente en Belgique qui est habilitée à autoriser un contact entre les adoptants et les parents de l'enfant (article 363-1 du Code civil). Cette recommandation n'est pas suivie. En effet, comme la recommandation précédente, cette question nécessite des négociations entre les parties à l'accord de coopération et ne pourrait être résolue à temps pour que l'accord de coopération entre en vigueur le 1er janvier 2020.

De Raad van State heeft de partijen bij het samenwerkingsakkoord eveneens verzocht om het aan te vullen met bepalingen inzake verschillende competenties van de gemeenschappen beoogd in het Gerechtelijk Wetboek. Deze aanbeveling werd niet gevolgd aangezien de partijen opzettelijk ervoor hebben gekozen om de punten die in het samenwerkingsakkoord moeten worden behandeld te beperken.

Der Staatsrat hat die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens auch aufgefordert, dieses Abkommen durch Bestimmungen bezüglich verschiedener im Gerichtsgesetzbuch vorgesehener Zuständigkeiten der Gemeinschaften zu ergänzen. Dieser Vorschlag wurde nicht befolgt, da die Parteien sich absichtlich dafür entschieden haben, die im Rahmen des Zusammenarbeitsabkommens zu behandelnden Punkte zu beschränken.

Le Conseil d'Etat a également invité les parties à l'accord de coopération à le compléter par des dispositions relatives à diverses compétences des Communautés visées par le Code judiciaire. Cette proposition n'a pas été suivie dès lors que les parties ont délibérément choisi de limiter les points devant être traités dans l'accord de coopération.

**2. Artikelsgewijze bespreking
van de artikelen van het
samenwerkingsakkoord**

**2. Kommentare zu den
Artikeln des
Zusammenarbeitsabkom
mens**

**2. Commentaires des articles
de l'accord de coopération**

HOOFDSTUK I

KAPITEL I

CHAPITRE I^{er}

**Wijzigingen van het
samenwerkingsakkoord van 12
december 2005 inzake de
tenuitvoerlegging van de wet van
24 april 2003 tot hervorming van
de adoptie**

**Abänderungen des
Zusammenarbeitsabkommens
vom 12. Dezember 2005 bezüglich
der Umsetzung des Gesetzes vom
24. April 2003 zur Reform der
Adoption**

**Modifications de l'accord de
coopération du 12 décembre 2005
relatif à la mise en œuvre de la loi
du 24 avril 2003 réformant
l'adoption**

Art. 1

Art. 1

Art. 1^{er}

Artikel 1 van het samenwerkingsakkoord wordt gewijzigd teneinde te verwijzen naar artikel 1231-1/2, tweede lid, van het Gerechtelijk Wetboek, ingevoegd bij de wet van 6 juli 2017. Dat artikel betreft de indiening van het verzoek tot vaststelling van de geschiktheid om te adopteren voor de familierechtbank. De verwijzing naar artikel 1231-28 van het Gerechtelijk Wetboek verdwijnt aangezien dat artikel werd opgeheven bij de wet van 6 juli 2017.

Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens wird geändert, um auf den durch das Gesetz vom 6. Juli 2017 eingefügten Artikel 1231-1/2 Absatz 2 des Gerichtsgesetzbuches zu verweisen. Dieser Artikel betrifft das Einreichen des Antrags auf Anerkennung der Eignung zur Adoption beim Familiengericht und betrifft. Der Verweis auf Artikel 1231-28 des Gerichtsgesetzbuchs wird gestrichen, da dieser Artikel durch das Gesetz vom 6. Juli 2017 aufgehoben wurde.

L'article 1^{er} de l'accord de coopération est modifié afin que l'article 1231-1/2, alinéa 2, du Code judiciaire, introduit par la loi du 6 juillet 2017, soit visé. Cet article traite de l'introduction de la demande en constatation de l'aptitude à adopter devant le tribunal de la famille. La référence à l'article 1231-28 du Code judiciaire est supprimée dès lors que cet article a été abrogé par la loi du 6 juillet 2017.

Artikel 1 van het samenwerkingsakkoord voorziet erin dat de kandidaat-adoptant aansluitend op de voorbereiding een attest ontvangt waaruit blijkt dat de voorbereiding werd gevolgd. Het model van dat attest wordt vervangen door bijlage 1 van dit samenwerkingsakkoord. Het attest waaruit blijkt dat de voorbereiding werd gevolgd, is noodzakelijk voor de indiening van een verzoek tot vaststelling van de geschiktheid om te adopteren, zoals bepaald in

Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens sieht vor, dass der Adoptionskandidat nach Abschluss der Vorbereitung eine Teilnahmebescheinigung erhält. Das Muster dieser Bescheinigung wird durch Anhang 1 dieses Zusammenarbeitsabkommens ersetzt. Diese Teilnahmebescheinigung ist für den Antrag auf Anerkennung der Eignung zur Adoption, gemäß Artikel 1231-1/2 Absatz 2 Nummer

L'article 1^{er} de l'accord de coopération prévoit qu'au terme de la préparation, le candidat adoptant obtient un certificat de préparation. Le modèle de ce certificat est remplacé par l'annexe 1^{er} du présent accord de coopération. Ce certificat de préparation est nécessaire pour l'introduction d'une demande en constatation de l'aptitude à adopter, comme le prévoit l'article 1231-1/2, alinéa 2, 2^o du Code judiciaire.

artikel 1231-1/2, tweede lid, 2°, van het Gerechtelijk Wetboek.	2 des Gerichtsgesetzbuches, erforderlich.
--	--

De Raad van State maakt bovendien een opmerking over artikel 1231-1/1 van het Gerechtelijk Wetboek gewijzigd bij artikel 16 van de wet van 6 juli 2017. Deze opmerking vereist een wijziging van artikel 1231-1/1 van het Gerechtelijk Wetboek beoogd in het kader van een ontwerp van herstelwet

Der Staatsrat macht außerdem eine Bemerkung bezüglich des Artikels 1231-1/1 des Gerichtsgesetzbuches, abgeändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 6. Juli 2017. Diese Bemerkung erfordert eine im Rahmen eines Entwurfes eines Berichtigungsgesetzes vorgesehene Abänderung des Artikels 1231-1/1 des Gerichtsgesetzbuches.

Le Conseil d'Etat fait par ailleurs une remarque relative à l'article 1231-1/1 du Code judiciaire modifié par l'article 16 de la loi du 6 juillet 2017. Cette remarque nécessite une modification de l'article 1231-1/1 du Code judiciaire prévue dans le cadre d'un projet de loi réparatrice.

Art. 2

Artikel 348-4, tweede en derde lid van het Burgerlijk Wetboek preciseert dat de familierechtbank "en haar sociale dienst" de oorspronkelijke ouders informeert over de adoptie en over de gevolgen van hun toestemming. Vermits de familierechtbank geen sociale dienst heeft hebben de gemeenschappen aanvaard, in artikel 2 van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005, om deze informatie te verzekeren, omdat zij gemandateerd zijn door de oorspronkelijke families die hun kind tot adoptie willen afstaan; op het ogenblik van de onderhandeling van het akkoord in 2005 heeft men niet gedacht aan de intrafamiliale adopties, voor dewelke het logisch leek dat de informatie door de rechterlijke autoriteiten zou gegeven worden, die een contact hadden met de oorspronkelijke families tijdens de procedure. In de praktijk werd deze informatie tot nu toe verzekerd voor alle binnenlandse extrafamiliale adopties, maar niet

Art. 2

Artikel 348-4 Abs. 2 und 3 des Zivilgesetzbuches bestimmt, dass das Familiengericht „und sein Sozialdienst" die leiblichen Eltern über die Adoption und die Folgen ihrer Zustimmung informieren. Da das Familiengericht keinen Sozialdienst hat, haben sich die Gemeinschaften in Artikel 2 des Zusammenwerksabkommens vom 12. Dezember 2005 bereit erklärt, diese Information zu gewährleisten, da sie von den leiblichen Familien, die ihr Kind zur Adoption freigeben wollen, beauftragt wurden; bei der Aushandlung des Abkommens im Jahr 2005 wurde eine intrafamiliäre Adoption nicht berücksichtigt, weshalb es logisch erschien, dass die Informationen von den Justizbehörden, die während des Verfahrens Kontakt mit den leiblichen Familien hatten, mitgeteilt werden sollten. In der Praxis wurden diese Informationen bisher für alle extrafamiliären Inlandsadoptionen gewährleistet, aber nicht systematisch für intrafamiliäre Adoptionen. Artikel 2

Art. 2

L'article 348-4, alinéas 2 et 3 du Code civil, précise que le tribunal de la famille « et son service social » informe les parents d'origine sur l'adoption et sur les conséquences de leurs consentement. Le tribunal de la famille n'ayant pas de service social, les Communautés ont accepté, dans l'article 2 de l'accord de coopération du 12 décembre 2005, d'assurer cette information, puisqu'elles étaient mandatées par les familles d'origine désirant confier leur enfant en adoption ; au moment de la négociation de cet accord en 2005, personne n'avait pensé aux adoptions intrafamiliales, pour lesquelles il semblait logique que l'information soit faite par les autorités judiciaires, qui avaient un contact lors de la procédure avec les familles d'origine. En pratique, jusqu'à présent, cette information a été assurée pour toutes les adoptions internes extrafamiliales, mais pas systématisée pour les adoptions intrafamiliales. L'article 2 de l'accord est donc modifié pour

systematisch voor de intrafamiliale adopties. Artikel 2 van het akkoord is dus gewijzigd om aan de oorspronkelijke ouders toe te laten deze informatie ook te ontvangen in het kader van de intrafamiliale adopties.

des Abkommens wird daher abgeändert, um zu ermöglichen, dass leibliche Eltern diese Informationen auch im Rahmen von intrafamiliären Adoptionen erhalten können.

permettre aux parents d'origine de recevoir également cette information, dans le cadre des adoptions intrafamiliales.

Er is dus voorzien dat de gemeenschappen de oorspronkelijke ouders zullen informeren wanneer de adoptie wordt begeleid door een erkende adoptiedienst van de betrokken gemeenschap. Deze hypothese betreft een binnenlandse extrafamiliale adoptie.

Es ist daher vorgesehen, dass die Gemeinschaften die leiblichen Eltern informieren, wenn die Adoption von einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst der betreffenden Gemeinschaft begleitet wird. Diese Hypothese betrifft eine extrafamiliäre Inlandsadoption.

Il est donc prévu que les Communautés informeront préalablement les parents d'origine lorsque l'adoption est encadrée par un organisme d'adoption agréé par la Communauté concernée. Cette hypothèse vise une adoption interne extrafamiliale.

Wanneer de adoptant een verwante is van het kind dat hij wenst te adopteren, en hij voor het adoptieproject het dagelijkse leven heeft gedeeld met het kind of voor het adoptieproject een duurzame sociale en affectieve band is ontstaan met het kind, is er voorzien dat de gemeenschappen ook de voorafgaande informatie verzekeren aan de oorspronkelijke ouders overeenkomstig artikel 346-1/2 van het Burgerlijk Wetboek wanneer er een maatschappelijk onderzoek wordt bevolen door de familierechtbank.

Ist der Adoptierende mit dem Kind, das er adoptieren möchte, verwandt, hat er vor dem Adoptionsprojekt bereits das tägliche Leben des Kindes geteilt oder hatte er vor dem Adoptionsprojekt bereits eine dauerhafte soziale und affektive Bindung mit dem Kind, ist ebenfalls vorgesehen, dass die Gemeinschaften die Information der leiblichen Eltern des Kindes gewährleisten, wenn das Familiengericht eine Sozialuntersuchung, gemäß Artikel 346-1/2 des Zivilgesetzbuches anordnet.

Lorsque l'adoptant est apparenté à l'enfant qu'il souhaite adopter, qu'il a partagé la vie quotidienne de l'enfant avant le projet d'adoption ou qu'un lien social et affectif durable est établi entre l'adoptant et l'adopté préalablement au projet d'adoption, il est prévu que les Communautés assureront également l'information préalable des parents d'origine de l'enfant, lorsqu'une enquête sociale est ordonnée par le tribunal de la famille, conformément à l'article 346-1/2 du Code civil.

Wanneer er geen maatschappelijk onderzoek wordt bevolen, zijn de gemeenschappen niet verplicht om de oorspronkelijke ouders voorafgaandelijk te informeren, maar mogen dit doen als zij dit noodzakelijk achten.

Wird die Sozialuntersuchung nicht angeordnet, sind die Gemeinschaften nicht verpflichtet die Information der leiblichen Eltern zu gewährleisten, können dies aber tun, wenn sie es für notwendig halten.

Lorsque l'enquête sociale n'est pas ordonnée, les Communautés n'ont pas l'obligation d'assurer l'information préalable des parents d'origine, mais peuvent l'assurer lorsqu'elles l'estiment nécessaire.

Dit onderscheid wordt gemaakt opdat de gemeenschappen de oorspronkelijke ouders van het kind zouden informeren wanneer zij optreden in de fase van de begeleiding van de adoptie en/of in de fase van het maatschappelijk

Diese Unterscheidung wird gemacht, damit die Gemeinschaften die leiblichen Eltern des Kindes informieren, wenn sie in der Begleitphase der Adoption und/oder in der Phase der Sozialuntersuchung, gemäß

Cette distinction est faite de manière à ce que les Communautés informent les parents d'origine de l'enfant lorsqu'elles interviennent au stade de l'encadrement de l'adoption et/ou au stade de

onderzoek bedoeld in artikel 346-1/2 van het Burgerlijk Wetboek	Artikel 346-1/2 des Zivilgesetzbuches handeln.	des l'enquête sociale visée à l'article 346-1/2 du Code civil.
---	--	--

De oorspronkelijke ouders worden eveneens door de rechter geïnformeerd wanneer zij instemmen met de adoptie.	Die leiblichen Eltern werden auch vom Gericht informiert, wenn sie der Adoption zustimmen.	L'information des parents d'origine est également faite par le juge lorsque ceux-ci consentent à l'adoption.
--	--	--

Teneinde het advies van de Raad van State te volgen, werd de Duitse vertaling herzien.	Um das Gutachten des Staatsrates zu befolgen, wurde die deutsche Übersetzung überarbeitet.	Afin de suivre l'avis du Conseil d'Etat, la traduction allemande a été revue.
--	--	---

Art. 3

De wijzigingen in artikel 3 van het samenwerkingsakkoord zijn technische wijzigingen die verband houden met de wet van 6 juli 2017 en met het gegeven dat het geschiktheidsvonnis voortaan noodzakelijk is bij zowel interlandelijke als binnenlandse adopties. Artikel 346-1/1, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek voorziet in uitzonderingen. De adoptant die een kind dat met hem, met zijn echtgenoot, met de persoon met wie hij samenwoont of met zijn voormalige partner, zelfs overleden, verwant is tot in de derde graad, een kind met wie hij vóór de voorgenomen adoptie het dagelijkse leven heeft gedeeld of een kind met wie hij vóór de voorgenomen adoptie een duurzame sociale en affectieve band tot stand heeft gebracht, wenst te adopteren, moet geen geschiktheidsvonnis verkrijgen.

Zoals bepaald in artikel 346-1/2 van het Burgerlijk Wetboek wordt de geschiktheid beoordeeld door de familierechtbank op grond van een door haar te bevelen maatschappelijk onderzoek. De wettelijke grondslag op grond waarvan de familierechtbank het maatschappelijk onderzoek

Art. 3

Bei den Änderungen von Artikel 3 des Zusammenarbeitsabkommens handelt es sich um technische Änderungen im Zusammenhang mit dem Gesetz vom 6. Juli 2017 und der Tatsache, dass das Urteil über die Eignung nunmehr sowohl für internationale als auch für Inlandsadoptionen erforderlich ist. Ausnahmen sind in Artikel 346-1/1 Abs. 2 des Zivilgesetzbuches vorgesehen. Ein Adoptierender, der ein Kind zu adoptieren wünscht, das mit ihm, seinem Ehepartner, der mit ihm zusammenwohnenden Person oder seinem früheren Partner, auch wenn dieser bereits verstorben ist, bis zum dritten Grad verwandt ist, mit dem er bereits vor dem Adoptionsprojekt das tägliche Leben geteilt hat oder zu dem er bereits vor dem Adoptionsprojekt eine soziale und affektive Bindung hat, muss kein Urteil über die Eignung erhalten.

Gemäß Artikel 346-1/2 des Zivilgesetzbuches wird die Eignung vom Familiengericht auf der Grundlage einer von ihm angeordneten Sozialuntersuchung beurteilt. Die Rechtsgrundlage, auf der das Familiengericht diese Sozialuntersuchung anordnet, hat sich geändert. Daher muss auf die

Art. 3

Les modifications apportées à l'article 3 de l'accord de coopération sont des modifications techniques liées à la loi du 6 juillet 2017 et au fait que le jugement d'aptitude est désormais nécessaire tant pour l'adoption internationale que pour l'adoption interne. L'article 346-1/1, alinéa 2 du Code civil prévoit des exceptions. L'adoptant qui désire adopter un enfant apparenté jusqu'au troisième degré à lui-même ou à son conjoint, à son cohabitant ou à son ancien partenaire, même décédé, ou l'enfant dont il a partagé la vie quotidienne préalablement au projet d'adoption, ou l'enfant avec lequel il a établi un lien social et affectif durable, préalablement au projet d'adoption, ne doit pas obtenir de jugement d'aptitude.

Comme le prévoit l'article 346-1/2 du Code civil, l'aptitude est appréciée par le tribunal de la famille sur la base d'une enquête sociale qu'il ordonne. La base légale selon laquelle le tribunal de la famille ordonne cette enquête sociale a changé. Les articles 1231-1/4, 1231-6, alinéa 1^{er}, 1231-10,

beveelt, is gewijzigd. Derhalve moet worden verwezen naar de artikelen 1231-1/4, 1231-6, eerste lid, 1231-10, eerste lid, 3°, 1231-35 en 1231-55 van het Gerechtelijk Wetboek.

Artikel 1231-1/4, 1231-6, Absatz 1, 1231-10, Absatz 1 Nummer 3, 1231-35 und 1231-55 des Gerichtsgesetzbuches verwiesen werden.

alinéa 1^{er}, 3°, 1231-35 et 1231-55 du Code judiciaire doivent dès lors être visés.

Overigens was het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 vergeten te preciseren welke dienst wordt aangewezen om de maatschappelijke onderzoeken uit te voeren bepaald in artikel 348-11, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek (grondige maatschappelijke onderzoeken om de onverantwoorde wijze of niet van de weigering tot toestemming tot adoptie te beoordelen); om de rechtbanken toe te laten deze onderzoeken uit te voeren heeft de Minister van Justitie in een omzendbrief, in 2010, gepreciseerd dat deze onderzoeken onder de bevoegdheid vallen van de justitiehuizen. Sedertdien is de bevoegdheid van de justitiehuizen gecommunautariseerd. Het samenwerkingsakkoord van 17 december 2013 met betrekking tot de uitoefening van de opdrachten van de justitiehuizen verwijst niet naar artikel 348-11 van het Burgerlijk Wetboek; bovendien is het bij de Vlaamse Gemeenschap de bedoeling om dit type van maatschappelijk onderzoek toe te vertrouwen aan een specifieke dienst die alle maatschappelijke onderzoeken inzake adoptie uitvoert.

Zoals de Raad van State voorstelt, moet worden verduidelijkt dat een justitiehuis de dienst kan zijn die door de bevoegde gemeenschap wordt aangewezen om een maatschappelijk onderzoek uit te voeren.

Darüber hinaus wurde im Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005 versäumt zu präzisieren, welcher Dienst mit der Durchführung der in Artikel 348-11 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches genannten Sozialuntersuchungen beauftragt wurde (gründliche Sozialuntersuchungen über die missbräuchliche Verweigerung der Zustimmung zur Adoption); um es den Gerichten zu ermöglichen, diese Sozialuntersuchungen anzuordnen, legte der Justizminister 2010 in einem Rundschreiben fest, dass diese Untersuchungen in die Zuständigkeit der Justizhäuser fallen. Seitdem wurde die Zuständigkeit der Justizhäuser vergemeinschaftet. Das Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Dezember 2013 über die Durchführung der Aufträge der Justizhäuser verweist nicht auf diesen Artikel 348-11 des Zivilgesetzbuches; außerdem besteht in der Flämischen Gemeinschaft die Absicht, diese Art der Sozialuntersuchung einem bestimmten Dienst zu übertragen, der alle Sozialuntersuchungen im Bereich der Adoption durchführt.

Wie vom Staatsrat vorgeschlagen, ist es darauf hinzuweisen, dass ein Justizhaus gegebenenfalls der von der zuständigen Gemeinschaft bezeichnete Dienst zur Durchführung der Sozialuntersuchung sein kann.

Par ailleurs, l'accord de coopération du 12 décembre 2005 avait oublié de préciser quel était le service mandaté pour réaliser les enquêtes sociales visées à l'article 348-11, alinéa 2 du Code civil (enquêtes sociales approfondies pour évaluer le caractère abusif ou non du refus de consentement à l'adoption); pour permettre aux tribunaux d'ordonner ces enquêtes sociales, le Ministre de la Justice a précisé par circulaire, en 2010, que ces enquêtes relevaient de la compétence des maisons de justice. Depuis, la compétence sur les maisons de justice a été communautarisée. L'accord de coopération du 17 décembre 2013 relatif à l'exercice des missions civiles des maisons de justice ne fait pas référence à cet article 348-11 du code civil; par ailleurs, en Communauté flamande, l'intention est de confier ce type d'enquête sociale à un service spécifique réalisant toutes les enquêtes sociales en matière d'adoption.

Comme le suggère le Conseil d'Etat, il convient de préciser que le service désigné par la Communauté compétente pour réaliser l'enquête sociale peut, le cas échéant, être une maison de justice.

Opdat de gemeenschappen in hun eigen reglementering zouden kunnen beslissen aan welke diensten deze maatschappelijke onderzoeken kunnen worden toevertrouwd, is het noodzakelijk dat het samenwerkingsakkoord naar die maatschappelijke onderzoeken verwijst om de gemeenschappen hiertoe te machtigen.

Damit die Gemeinschaften in ihren eigenen Regelungen entscheiden können, welcher Dienst mit diesen Sozialuntersuchungen beauftragt werden kann, ist es notwendig, dass das Zusammenarbeitsabkommen auf diese Untersuchungen verweist, um so die Gemeinschaften zu befähigen.

Afin que les Communautés puissent décider, dans leurs réglementations propres, à quel service ces enquêtes sociales peuvent être confiées, il est nécessaire que l'accord de coopération vise ces enquêtes pour habiliter les Communautés.

Ten slotte moet worden verduidelijkt dat het grondig onderzoek bedoeld in artikel 1231-10, lid 1, 3e van het Gerechtelijk Wetboek gemakkelijk kan uitgevoerd worden in het kader van het maatschappelijk onderzoek betreffende de adoptabiliteit van het kind; de rechtbank moet daarom, in zijn beslissing tot maatschappelijk onderzoek betreffende het belang van het kind om geadopteerd te worden, aangeven of het ook passend is het onderzoek te voeren om na te gaan of het kind in staat is zijn of haar mening te geven over het adoptieproject.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die in Artikel 1231-10 Absatz 1 Nummer 3 des Gerichtsgesetzbuches genannte gründlichen Untersuchung ebenfalls im Rahmen der Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes durchgeführt werden kann; das Gericht sollte daher in seiner Anordnung der Sozialuntersuchung über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden, angeben, ob es auch zweckmäßig ist, die Untersuchung durchzuführen, um zu überprüfen, ob das Kind imstande ist, seine Meinung zum Adoptionsvorhaben zu äußern.

Pour finir, il convient de préciser que l'étude approfondie visée à l'article 1231-10, 1er alinéa, 3° du Code judiciaire peut facilement être effectuée dans le cadre de l'enquête sociale relative à l'adoptabilité de l'enfant ; le tribunal devrait dès lors préciser, dans son ordonnance d'enquête sociale relative à l'intérêt de l'enfant à être adopté, s'il convient également d'effectuer l'étude permettant de vérifier si l'enfant est en état d'exprimer son opinion sur le projet d'adoption.

Art. 4

Art. 4

Art. 4

Artikel 4, waarin is bepaald waarop het maatschappelijk onderzoek betrekking moet hebben, wordt aangepast teneinde in te spelen op de evolutie van de opvatting van de adoptie en op de huidige praktijk.

Artikel 4, der den Gegenstand der Sozialuntersuchung betrifft, wird angepasst, um der Entwicklung der Adoption und der derzeitigen Praxis zu entsprechen.

L'article 4, qui vise l'objet de l'enquête sociale, est adapté de manière à être conforme à l'évolution de la conception de l'adoption et à la pratique actuelle.

De vragen met betrekking tot de levensbeschouwelijke overtuiging werden geschrapt in het Burgerlijk Wetboek en er is dus geen reden om ze te behouden in het samenwerkingsakkoord.

Fragen im Zusammenhang mit philosophischen Konzepten wurden aus dem Zivilgesetzbuch gestrichen. Dementsprechend werden sie nicht mehr im Zusammenarbeitsabkommen aufgeführt.

Les questions liées aux conceptions philosophiques ont été supprimées dans le Code civil, il n'y a donc pas lieu de les conserver dans l'accord de coopération.

De precieze kenmerken van het kind dat aan de kandidaat-

Die genauen Eigenschaften des Kindes, das den

Les caractéristiques précises de l'enfant pouvant être confié aux

adoptanten kan worden toevertrouwd, kunnen inlichtingen zijn die de kansen dat de kandidaat-adoptanten een kind zullen adopteren, kunnen verkleinen. Het is in het belang van de kandidaat-adoptanten om open te blijven over het profiel van het kind dat hun eventueel ter adoptie zal worden voorgesteld.

Adoptionskandidaten anvertraut werden kann, könnten Informationen sein, die die Chancen, dass Adoptionskandidaten ein Kind adoptieren werden, einschränken. Es liegt im Interesse der Adoptionskandidaten, bezüglich des Profils des Kindes, das ihnen zur Adoption vorgeschlagen werden könnte, offen zu bleiben.

candidats adoptants, pourraient être des informations de nature à restreindre les chances des candidats adoptants à adopter un enfant. Il est dans l'intérêt des candidats adoptants de rester ouvert quant au profil de l'enfant qui pourrait leur être proposé en adoption.

Art. 5

Art. 5

Art. 5

De eerste twee wijzigingen die in artikel 5 worden aangebracht, zijn technische wijzigingen.

Die ersten beiden Änderungen zu Artikel 5 sind technische Änderungen.

Les deux premières modifications apportées à l'article 5 sont des modifications techniques.

De derde wijziging die in artikel 5 wordt aangebracht, beoogt het medisch attest. De gezondheidstoestand van de kandidaat-adoptanten is belangrijke informatie waarover de rechter moet kunnen beschikken bij het beoordelen van de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten om te adopteren. Het is noodzakelijk dat de arts de impact en het belang weet in te schatten van het in te vullen attest. Het is uiterst belangrijk dat zijn aandacht wordt gevestigd op de belangrijke elementen met betrekking tot de gezondheidstoestand van de kandidaat-adoptanten.

Die dritte Änderung von Artikel 5 betrifft das ärztliche Attest. Der Gesundheitszustand der Adoptionskandidaten ist eine wichtige Information, die dem Richter für die Beurteilung der Eignung zur Adoption zur Verfügung stehen muss. Es ist erforderlich, dass der Arzt die Auswirkungen und die Bedeutung des von ihm auszustellenden Attests einschätzen kann. Es ist wichtig, dass er auf die wesentlichen Aspekte des Gesundheitszustandes von Adoptionskandidaten aufmerksam gemacht wird.

L'attestation médicale est visée par la troisième modification apportée à l'article 5. L'état de santé des candidats adoptants est une information importante dont doit pouvoir disposer le juge lorsque l'aptitude à adopter des candidats adoptants est évaluée. Il est nécessaire que le médecin puisse se rendre compte de l'impact et de l'importance de l'attestation qu'il lui est demandé de remplir. Il est primordial que son attention soit attirée sur les éléments importants concernant l'état de santé des candidats adoptants.

Art. 6

Art. 6

Art. 6

Dit artikel regelt de wijze waarop de Federale Staat de maatschappelijke onderzoeken financiert. De huidige financieringswijze is niet gewijzigd sinds 2005 en moet worden herzien en aangepast aan de

Dieser Artikel regelt die Finanzierungsmethode der Sozialuntersuchungen durch den Föderalstaat. Die bestehende Finanzierungsmethode hat sich seit 2005 nicht geändert und muss überprüft und an die neuen

Cet article règle la méthode de financement des enquêtes sociales par l'Etat fédéral. La méthode de financement existante n'a pas changé depuis 2005 et nécessite d'être revue et adaptée aux nouvelles formes d'enquêtes

nieuwe vormen van maatschappelijke onderzoeken en aan de wijzigingen die ter zake zijn gebeurd sinds de inwerkingtreding van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005.

Formen der Sozialuntersuchungen und die Veränderungen, die sich in diesem Bereich seit dem Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 ergeben haben, angepasst werden.

sociales et aux changements qui ont eu lieu dans cette matière depuis l'entrée en vigueur de l'accord de coopération du 12 décembre 2005.

Naar aanleiding van de opmerking van de Raad van State wordt artikel 6 aangepast met het oog op de vermelding van de beginselen waardoor de partijen bij het samenwerkingsakkoord inzake tenuitvoerlegging worden geleid bij de heronderhandeling van het forfaitaire bedrag dat wordt gestort teneinde een deel van de kosten van het maatschappelijk onderzoek te dekken.

Als Folge der Bemerkung des Staatsrates wurde Artikel 6 angepasst, um die Grundsätze festzulegen, die die Parteien des Ausführungszusammenarbeitsabkommens während der Neuverhandlung des zur Deckung eines Teils der Sozialuntersuchungskosten überwiesenen Pauschalbetrages führen werden.

Suite à la remarque du Conseil d'Etat, l'article 6 est adapté de manière à énoncer les principes qui guideront les parties à l'accord de coopération d'exécution dans la renégociation du montant forfaitaire versé afin de couvrir une partie des coûts de l'enquête sociale.

Bij de heronderhandeling van het forfaitaire bedrag worden de geschatte werklust, de reële loonkost en de effectief aantal uitgevoerde maatschappelijke onderzoeken tijdens een bepaalde periode in kaart gebracht om zodanig te oordelen of het bedrag nog voldoende is aangepast om de onderzoeken op kwaliteitsvolle wijze te kunnen uitvoeren.

Bei der Neuverhandlung des Pauschalbetrags werden die geschätzte Arbeitsbelastung, die tatsächlichen Lohnkosten und die tatsächliche Anzahl der in einem bestimmten Zeitraum durchgeführten Sozialerhebungen ausgewiesen, um festzustellen, ob der Betrag noch ausreichend angepasst ist, um die Untersuchungen qualitativ durchführen zu können.

Lors de la renégociation de la somme forfaitaire, la charge de travail estimée, le coût salarial réel et le nombre réel d'enquêtes sociales réalisées au cours d'une certaine période sont cartographiés afin de déterminer si le montant est encore suffisamment ajusté pour pouvoir effectuer les enquêtes de manière qualitative.

Het gaat om een gedeeltelijke financiering, aangezien de uitvoering van de maatschappelijke onderzoeken een bevoegdheid is die de federale staat en de gemeenschappen delen.

Es geht um eine Teilfinanzierung, da die Durchführung der Sozialuntersuchungen eine geteilte Zuständigkeit des Föderalstaates und der Gemeinschaften ist.

Il s'agit d'un financement partiel, dans la mesure où la réalisation des enquêtes sociales est une compétence partagée de l'Etat fédéral et des Communautés.

Bovendien is artikel 6 aangepast naar aanleiding van een opmerking van de Raad van State met betrekking tot de vermelding van de identiteit van de personen in de schuldverklaring die de gemeenschappen verzenden aan de federale staat. De identiteit van de personen wordt niet meer

Darüber hinaus wurde Artikel 6 angepasst als Folge der Bemerkung des Staatsrates bezüglich der Angabe der Identität der Personen in der von den Gemeinschaften an den Föderalstaat übermittelten Forderungsanmeldung. Die Identität der Personen wird nicht mehr an den Föderalstaat

De plus, l'article 6 est adapté suite à la remarque du Conseil d'Etat à propos de la mention de l'identité des personnes dans la déclaration de créance transmise par les Communautés à l'Etat fédéral. L'identité des personnes n'est plus transmise à l'Etat fédéral. Il convient de préciser que la

overgezonden aan de federale staat. Er moet worden verduidelijkt dat, door de overzending van informatie inzake het rechtscollege dat het maatschappelijk onderzoek heeft bevolen en het rolnummer van de zaak aan de federale staat, de federale staat een verband kan leggen tussen de uitgevoerde maatschappelijke onderzoeken, de types van de uitgevoerde maatschappelijke onderzoeken en de informatie die eraan wordt overgezonden met toepassing van de artikelen 1231-18/1 en 1231-4, § 1, van het Gerechtelijk Wetboek. De bedragen gestort aan de gemeenschappen met toepassing van artikel 6 van het samenwerkingsakkoord kunnen dus boekhoudkundig worden gecontroleerd.

übermittelt. Durch die Übermittlung an den Föderalstaat der Informationen bezüglich des Gerichts, das die Sozialuntersuchung befohlen hat, und die Listennummer der Sache kann der Föderalstaat die durchgeführten Sozialuntersuchungen, die Arten der durchgeführten Sozialuntersuchungen und die gemäß den Artikeln 1231-18/1 und 1231-4, § 1, des Gerichtsgesetzbuches übermittelten Informationen mit einander in Verbindung bringen. Eine buchhalterische Kontrolle der Beträge, die gemäß Artikel 6 des Zusammenarbeitsabkommens an den Gemeinschaften überwiesen werden, kann also erfolgen.

transmission à l'Etat fédéral des informations relatives à la juridiction ayant ordonné l'enquête sociale et le numéro de rôle de l'affaire, lui permet de faire le lien entre les enquêtes sociales réalisées, les types d'enquêtes sociales réalisées et les informations qui lui sont transmises en application des articles 1231-18/1 et 1231-4, § 1^{er} du Code judiciaire. Un contrôle comptable sur les montants versés aux Communautés en application de l'article 6 de l'accord de coopération peut donc avoir lieu.

Art. 7

Art. 7

Art. 7

Deze bepaling voegt een nieuw hoofdstuk IIbis in dat betrekking heeft op de verslagen bedoeld in de artikelen 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek en artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek.

Mit dieser Bestimmung wird ein neues Kapitel II bis eingeführt, das sich auf die in den Artikeln 361-2/1 des Zivilgesetzbuches und Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuches genannten Berichte bezieht.

Cette disposition introduit un nouveau chapitre II bis, qui porte sur les rapports visés à l'article 361-2/1 du Code civil et à l'article 1231-38 du Code judiciaire.

Art. 8

Art. 8

Art. 8

Artikel 8 voegt in het samenwerkingsakkoord een nieuw artikel 6/1 in. Dat artikel bepaalt dat het verslag bedoeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek wordt opgesteld volgens een model vastgesteld door de gemeenschappen en wordt opgesteld of goedgekeurd door de bevoegde centrale autoriteit van de gemeenschap. De gemeenschappen kunnen het

Artikel 8 fügt einen neuen Artikel 6/1 in das Zusammenarbeitsabkommen ein. Dieser Artikel sieht vor, dass der Bericht gemäß Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuches nach einem von den Gemeinschaften festgelegten und von der zuständigen zentralen Gemeinschaftsbehörde genehmigten Muster erstellt wird. Die Gemeinschaften können anerkannte

L'article 8 introduit un nouvel article 6/1 à l'accord de coopération. Cet article prévoit que le rapport visé à l'article 361-2/1 du Code civil est établi selon un modèle fixé par les Communautés et est rédigé ou approuvé par l'autorité centrale communautaire compétente. Les Communautés ont la possibilité de déléguer la rédaction de ce rapport aux organismes agréés d'adoption. Une

verslag laten opstellen door de erkende adoptiediensten. De bevoegde centrale autoriteit superviseert de opmaak van het verslag alvorens het naar de buitenlandse autoriteit te zenden.

Adoptionsvermittlungsdienste mit der Erstellung dieses Berichts beauftragen. Die Aufsicht über die Erstellung des Berichts wird von der zuständigen Zentralbehörde gewährleistet, welche diesen vor der Übermittlung an die ausländische Behörde genehmigen muss.

supervision de la rédaction du rapport est assurée par l'autorité centrale communautaire compétente, qui devra l'approuver avant envoi à l'autorité étrangère. .

Het verslag bedoeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek heeft betrekking op de adoptie van een kind met gewone verblijfplaats in een andere Staat. Het verslag, zoals vereist door artikel 15 van het Verdrag van Den Haag, bevat informatie over de kandidaat-adoptanten die bestemd is voor de autoriteiten van de Staat van herkomst van het kind. Vroeger was het openbaar ministerie belast met de opmaak ervan.

Der in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuches genannte Bericht betrifft die Adoption eines Kindes, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat. Dieser von Artikel 15 des Haager Übereinkommens vorgeschriebene Bericht, der an die Behörden des Herkunftsstaates des Kindes gerichtet ist, enthält Informationen über die Adoptionskandidaten. Zuvor war die Staatsanwaltschaft für die Erstellung dieses Berichts verantwortlich.

Le rapport visé à l'article 361-2/1 du Code civil concerne l'adoption d'un enfant résidant habituellement dans un Etat étranger. Ce rapport, exigé par l'article 15 de la Convention de La Haye, comprend des informations sur les candidats adoptants à destination des autorités de l'état d'origine de l'enfant. Auparavant, le Ministère public était chargé de la rédaction de ce rapport.

Zoals bepaald in artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek, wordt het verslag aangevuld met het moraliteitsonderzoek dat wordt uitgevoerd door het openbaar ministerie.

Wie in Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuches vorgesehen, wird der Bericht durch die von der Staatsanwaltschaft durchgeführte Untersuchung in Bezug auf den Leumund des Kandidaten ergänzt.

Comme le prévoit l'article 1231-1/5 du Code judiciaire, le rapport est complété par l'enquête de moralité effectuée par le Ministère public.

Overeenkomstig het voorstel van de Raad van State werd het artikel gewijzigd om uitdrukkelijk aan te geven wie verantwoordelijk is voor het opstellen van het verslag. Bovendien werd de verkeerde verwijzing naar artikel 1231-1/5 « van het Burgerlijk Wetboek » gecorrigeerd.

Gemäß dem Vorschlag des Staatsrates wurde der Artikel dahingehend geändert, um ausdrücklich festzulegen, wer für den Bericht zuständig ist. Im Übrigen wurde die falsche Bezugnahme auf Art. 1231-1/5 „Zivilgesetzbuch“ korrigiert.

Conformément à la suggestion du Conseil d'Etat, l'article a été modifié pour préciser expressément qui est chargé de la rédaction du rapport. Par ailleurs, le renvoi erroné à l'article 1231-1/5 « du Code civil » a été corrigé.

Art. 9

Art. 9

Art. 9

Artikel 9 voegt in het samenwerkingsakkoord een nieuw artikel 6/2 in dat bepaalt dat het

Artikel 9 fügt einen neuen Artikel 6/2 in das Zusammenarbeitsabkommen ein.

L'article 9 introduit un nouvel article 6/2 dans l'accord de coopération selon lequel le rapport

verslag bedoeld in artikel 1231-38 wordt opgesteld volgens een model vastgesteld door de bevoegde gemeenschap en wordt goedgekeurd door de bevoegde centrale autoriteit. Net als bij artikel 8 kunnen de gemeenschappen dat verslag laten opstellen door de erkende adoptiediensten.

Der in Artikel 1231-38 genannte Bericht wird nach einem von der zuständigen Gemeinschaft festgelegten und von der zuständigen Zentralbehörde der Gemeinschaft genehmigten Muster erstellt. Wie in Artikel 8 können die Gemeinschaften anerkannte Adoptionsvermittlungsdienste mit der Erstellung dieses Berichts beauftragen.

visé à l'article 1231-38 est rédigé selon un modèle fixé par la Communauté compétente et est approuvé par l'autorité centrale communautaire compétente. Tout comme à l'article 8, les Communautés ont la possibilité de confier la rédaction de ce rapport aux organismes agréés d'adoption.

Artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek, zoals gewijzigd bij de wet van 18 juni 2018 houdende diverse bepalingen inzake burgerlijk recht en bepalingen met het oog op de bevordering van alternatieve vormen van geschillenoplossing, beoogt de adoptie in een andere Staat van een kind met gewone verblijfplaats in België.

Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuches, abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und von Bestimmungen zur Förderung alternativer Formen der Streitfalllösung, betrifft die Adoption eines Kindes, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Belgien hat, im Ausland.

L'article 1231-38 du Code judiciaire tel que modifié par la loi du 18 juin 2018 portant dispositions diverses en matière de droit civil et portant modification du Code judiciaire en vue de promouvoir des formes alternatives de résolution des litiges, vise l'adoption d'un enfant résidant habituellement en Belgique dans un Etat étranger.

Art. 10

Art. 10

Art. 10

Het opschrift van hoofdstuk III van het samenwerkingsakkoord wordt gewijzigd. Hoofdstuk III beoogt immers niet langer het bewaren van de documenten, verslagen en beslissingen.

Der Titel von Kapitel III des Zusammenarbeitsabkommens wird abgeändert. Die Aufbewahrung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen fällt nicht mehr unter Kapitel III.

L'intitulé du chapitre III de l'accord de coopération est modifié. En effet, la conservation des documents, rapports et décisions n'est plus visée par le chapitre III.

Art. 11

Art. 11

Art. 11

Afdeling 1 van hoofdstuk III, dat artikel 7 van het samenwerkingsakkoord bevat, wordt opgeheven. De mededeling van de gegevens inzake de plaats waar de adoptiedossiers worden bewaard door de centrale autoriteiten van de gemeenschappen aan de federale centrale autoriteit is een onnodige administratieve last. De bewaring van de adoptiedossiers wordt nu

Kapitel III Abschnitt 1, der Artikel 7 des Zusammenarbeitsabkommens enthält, wird aufgehoben. Die Übermittlung von Daten über den Aufbewahrungsort der Adoptionsakten durch die Zentralbehörden der Gemeinschaften an die föderale Zentralbehörde führt zu unnötigem Verwaltungsaufwand. Die Aufbewahrung von Adoptionsakten wird nun durch

La section 1^{ère} du chapitre III qui contient l'article 7 de l'accord de coopération, est abrogée. La communication par les autorités centrales communautaires à l'autorité centrale fédérale des données relatives au lieu de dépôt des dossiers d'adoption entraîne une lourdeur administrative inutile. La question de la conservation des dossiers d'adoption est maintenant réglée par l'article 368-6 du Code

<p>geregeld in artikel 368-6 van het Burgerlijk Wetboek, in het koninklijk uitvoeringsbesluit van 23 april 2017 en bij decreet.</p>	<p>Artikel 368-6 des Zivilgesetzbuches, den Königlichen Erlass vom 23. April 2017 und per Dekret geregelt.</p>	<p>civil, son arrêté royal d'exécution du 23 avril 2017 et par décret.</p>
---	--	--

Art. 12

Art. 12

Art. 12

<p>Dit artikel behoeft geen bijzondere commentaar.</p>	<p>Dieser Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.</p>	<p>Cet article n'appelle pas de commentaire particulier.</p>
--	--	--

Art. 13

Art. 13

Art. 13

<p>Artikel 8 van het samenwerkingsakkoord wordt gewijzigd opdat de beoogde bepalingen in overeenstemming zouden zijn met de wet van 6 juli 2017 en de wet van 18 juni 2018.</p>	<p>Artikel 8 des Zusammenarbeitsabkommens wird abgeändert, damit die betroffenen Bestimmungen dem Gesetz vom 6. Juli 2017 und dem Gesetz vom 18. Juni 2018 entsprechen.</p>	<p>L'article 8 de l'accord de coopération est modifié de manière à ce que les dispositions visées soient conformes à la loi du 6 juillet 2017 et à la loi du 18 juin 2018.</p>
---	---	--

<p>Artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek voorziet erin dat het openbaar ministerie overgaat tot een moraliteitsonderzoek. Dat onderzoek bestaat in de controle en de raadpleging van het strafregister van de kandidaat-adoptanten.</p>	<p>Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuches sieht vor, dass die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung in Bezug auf den Leumund durchführt. Diese besteht in der Überprüfung und Einsichtnahme in das Strafregister der Adoptionskandidaten.</p>	<p>L'article 1231-1/5 du Code judiciaire prévoit que le Ministère public procède à une enquête de moralité. Celle-ci consiste en la vérification et la consultation du casier judiciaire des candidats adoptants.</p>
---	---	---

Art. 14

Art. 14

Art. 14

<p>Deze bepaling behoeft geen bijzondere commentaar.</p>	<p>Diese Bestimmung bedarf keines besonderen Kommentars.</p>	<p>Cette disposition n'appelle pas de commentaire particulier.</p>
--	--	--

Art. 15

Art. 15

Art. 15

<p>De eerste wijziging is van louter technische aard.</p>	<p>Die erste Änderung ist rein technischer Natur.</p>	<p>La première modification est purement technique.</p>
<p>De tweede wijziging strekt ertoe de procedure te versoepelen in geval van adoptie van een kind dat zijn</p>	<p>Mit der zweiten Änderung soll das Verfahren bei der Adoption eines Kindes, das seinen gewöhnlichen</p>	<p>La seconde modification a pour objectif d'alléger la procédure en cas d'adoption d'un enfant résidant</p>

gewone verblijfplaats heeft in het Brussels Hoofdstedelijk Gewest. Wanneer de federale centrale autoriteit het verslag ontvangt van de buitenlandse autoriteit, als bedoeld in artikel 362-1, zijn twee hypothesen mogelijk. Ofwel gaat het om extrafamiliale adoptie onder toezicht van een adoptiedienst en in dat geval is het de bevoegde centrale autoriteit van de geneemschap die de dienst in kwestie heeft erkend, die de informatie verstrekt aan de FCA (in de praktijk: de Franstalige of Nederlandstalige CA, aangezien de GGC geen erkende adoptiedienst heeft). Ofwel gaat het om een intrafamiliale adoptie zonder toezicht en in dat geval beschikt de GGC niet over andere informatie dan die waarover de FCA al beschikt. Het is dus niet nodig om informatie door te geven. Voor de rest van de opmerking wordt verwezen naar artikel 3.

Aufenthalt in Brüssel hat, vereinfacht werden. Erhält die Zentralbehörde den in Artikel 362-1 genannten Bericht von der ausländischen Behörde, können sich zwei Hypothesen ergeben. Entweder handelt es sich um ein von einer Adoptionsstelle überwachtes außerfamiliäres Adoptionsvorhaben, und in diesem Fall hat die Zentralbehörde der Gemeinschaft die betreffende Einrichtung anerkannt, die die Informationen an die ACF weiterleitet (in der Praxis: Französischsprachige oder niederländischsprachige Zentralbehörde der Gemeinschaft (ACF), da die Gemeinsame Gemeinschaftskommission (COCOM) keine akkreditierte Adoptionsstelle hat). Oder es handelt sich um eine nicht überwachte innerfamiliäre Adoption, und in diesem Fall verfügt die Gemeinsame Gemeinschaftskommission (COCOM) über keine weiteren Informationen als die, die der ACF bereits vorliegen. Eine Informationsübermittlung von der COCOM an die ACF erscheint daher sinnlos. Im Übrigen wird auf die Kommentare zu Artikel 3 verwiesen.

habituellement en région bruxelloise. En effet, lorsque l'autorité centrale fédérale reçoit de l'autorité étrangère le rapport visé à l'article 362-1, deux hypothèses peuvent se présenter. Soit il s'agit d'un projet d'adoption extrafamiliale encadré par un organisme d'adoption et dans ce cas c'est l'autorité centrale communautaire qui a agréé l'organisme en question qui transmet les informations à l'ACF (en pratique : ACC francophone ou néerlandophone, la COCOM n'ayant pas d'organisme d'adoption agréé). Soit il s'agit d'une adoption intrafamiliale non encadrée et dans ce cas la COCOM ne dispose pas d'autres informations que celles dont dispose déjà l'ACF. Prévoir une transmission d'information de la COCOM vers l'ACF apparaît donc inutile. Il est renvoyé pour le surplus au commentaire de l'article 3.

Art. 16

Artikel 11 wordt in overeenstemming gebracht met de wet van 18 juni 2018 houdende diverse bepalingen inzake burgerlijk recht en bepalingen met het oog op de bevordering van alternatieve vormen van geschillenoplossing.

Artikel 16 is aangepast aan de opmerkingen van de Raad van State.

Art. 16

Artikel 11 wird dem Gesetz vom 18. Juni 2018 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und zur Änderung des Gerichtsgesetzbuches angepasst, um alternative Formen der Streitfalllösung zu fördern.

Artikel 16 ist den Bemerkungen des Staatsrates angepasst.

Art. 16

L'article 11 est rendu conforme à la loi du 18 juin 2018 portant dispositions diverses en matière de droit civil et portant modification du Code judiciaire en vue de promouvoir des formes alternatives de résolution des litiges.

L'article 16 est adapté aux remarques du Conseil d'Etat.

Art. 17

Artikel 12 van het samenwerkingsakkoord regelt de organisatie en de samenstelling van de Commissie van overleg en opvolging.

De samenstelling van de Commissie van overleg en opvolging wordt in overeenstemming gebracht met de huidige samenstelling ervan en wordt aangepast om beter te kunnen inspelen op de noden van de goede werking ervan.

Bovendien wordt er nu in voorzien dat de Commissie van overleg en opvolging een huishoudelijk reglement kan opstellen.

HOOFDSTUK II**Wijzigingen van de bijlagen****Art. 18**

Dit artikel vervangt de bijlagen bij het samenwerkingsakkoord, om ze in overeenstemming te brengen met de recente wetswijzigingen.

Art. 17

Artikel 12 des Zusammenarbeitsabkommens legt die Organisation und Zusammensetzung des Konzertierungs- und Begleitausschusses fest.

Die Zusammensetzung des Konzertierungs- und Begleitausschusses wird an seine derzeitige Zusammensetzung und an die Bedürfnisse seiner ordnungsgemäßen Funktion angepasst.

Ebenfalls ist vorgesehen, dass der Konzertierungs- und Begleitausschuss eine Geschäftsordnung festlegen kann.

KAPITEL II**Änderungen der Anhänge****Art. 18**

Dieser Artikel ersetzt die Anhänge des Zusammenarbeitsabkommens, um sie an die jüngsten Gesetzesänderungen anzupassen.

Art. 17

L'article 12 de l'accord de coopération détermine l'organisation et la composition de la Commission de concertation et de suivi.

La composition de la Commission de concertation et de suivi est rendue conforme à sa composition actuelle et est adaptée de manière à répondre aux besoins de son bon fonctionnement.

Il est par ailleurs désormais prévu que la Commission de concertation et de suivi a la possibilité d'établir un règlement d'ordre intérieur.

CHAPITRE II**Modifications des annexes****Art. 18**

Cet article remplace les annexes à l'accord de coopération, pour les rendre conformes aux récentes modifications législatives.

Als antwoord op het advies van de Raad van State werd de Duitstalige versie van de bijlagen toegevoegd aan het samenwerkingsakkoord.

Als Antwort auf das Gutachten des Staatsrates wird die deutschsprachige Version der Anlagen dem Zusammenarbeitsabkommen hinzugefügt.

En réponse à l'avis du Conseil d'Etat, la version en langue allemande des annexes est ajoutée à l'accord de coopération.

HOOFDSTUK III

KAPITEL III

CHAPITRE III

Inwerkingtreding

Inkrafttreten

Entrée en vigueur

Art. 19

Art. 19

Art. 19

In dit artikel worden de nadere regels voor de inwerkingtreding van dit samenwerkingsakkoord bepaald.

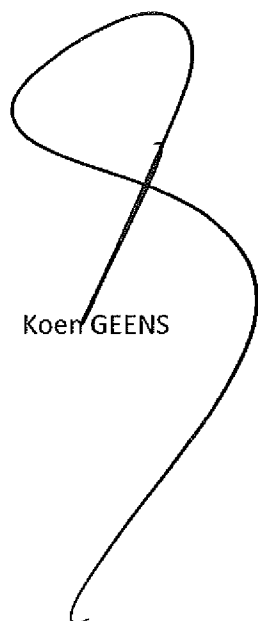
In diesem Artikel werden die Modalitäten für das Inkrafttreten dieses Zusammenarbeitsabkommens festgelegt.

Cet article précise les modalités d'entrée en vigueur de cet accord de coopération.

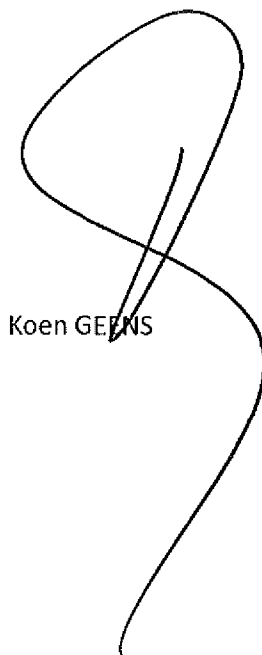
De Minister van Justitie,

Der Minister der Justiz,

Le Ministre de la Justice,



Koen GEENS



Koen GEENS



Koen GEENS

KÖNIGREICH BELGIEN**KONINKRIJK BELGIË****ROYAUME DE
BELGIQUE****18 FEB. 2020**

**Zusammenarbeitsabkom-
men vom ... zur
Abänderung des
Zusammenarbeitsabkom-
mens vom 12. Dezember
2005 zwischen dem
Föderalstaat, der
Flämischen
Gemeinschaft, der
Französischen
Gemeinschaft, der
Deutschsprachigen
Gemeinschaft und der
Gemeinsamen
Gemeinschaftskommissi-
on bezüglich der
Umsetzung des Gesetzes
vom 24. April 2003 zur
Reform der Adoption**

Aufgrund der Artikel 128 § 1
und 130 § 1 der
Verfassung;

Aufgrund des
Sondergesetzes vom 8.
August 1980 zur Reform
der Institutionen,
insbesondere der Artikel 5,
§ 1, II, 1° und 6°, und 92bis,
§ 1, abgeändert durch die
Sondergesetze vom 8.
August 1988, 16. Juli 1993
und 13. Juli 2001;

Aufgrund des Gesetzes
vom 31. Dezember 1983
über institutionelle
Reformen für die
Deutschsprachige
Gemeinschaft,

18 FEB. 2020

**Samenwerkingsakkoord
van ... tot wijziging van
het
samenwerkingsakkoord
van 12 december 2005
tussen de Federale Staat,
de Vlaamse
Gemeenschap, de Franse
Gemeenschap, de
Duitstalige Gemeenschap
en de
Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissi-
e inzake de
tenuitvoerlegging van de
wet van 24 april 2003 tot
hervorming van de
adoptie**

Gelet op de artikelen 128,
§ 1, en 130, § 1, van de
Grondwet;

Gelet op de bijzondere wet
van 8 augustus 1980 tot
hervorming der instellingen,
inzonderheid op de
artikelen 5, § 1, II, 1° en 6°,
en 92bis, § 1, gewijzigd bij
de bijzondere wetten van 8
augustus 1988, 16 juli 1993
en 13 juli 2001;

Gelet op de wet van 31
december 1983 tot
hervorming der instellingen
voor de Duitstalige
Gemeenschap,
inzonderheid op de

18 FEB. 2020

**Accord de coopération
du ... modifiant l'accord
de coopération du 12
décembre 2005 entre
l'Etat fédéral, la
Communauté flamande,
la Communauté
française, la
Communauté
germanophone et la
Commission
communautaire
commune relatif à la mise
en œuvre de la loi du 24
avril 2003 réformant
l'adoption**

Vu les articles 128, § 1er, et
130, § 1er, de la
Constitution ;

Vu la loi spéciale du 8 août
1980 de réformes
institutionnelles,
notamment les articles 5, §
1er, II, 1° et 6°, et 92bis, §
1er, modifiés par les lois
spéciales des 8 août 1988,
16 juillet 1993 et 13 juillet
2001;

Vu la loi du 31 décembre
1983 de réformes
institutionnelles pour la
Communauté
germanophone, notamment
les articles 4, § 2, et 55bis,

insbesondere der Artikel 4, § 2, und 55bis, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990, 5. Mai 1993 und 6. Januar 2014;	artikelen 4, § 2, en 55bis, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990, 5 mei 1993 en 6 januari 2014;	modifiés par les lois des 18 juillet 1990, 5 mai 1993 et 6 janvier 2014;
---	---	--

Aufgrund des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen, insbesondere des Artikels 63, abgeändert durch die Sondergesetze vom 5. Mai 1993 und 6. Januar 2014;	Gelet op de bijzondere wet van 12 januari 1989 met betrekking tot de Brusselse Instellingen, inzonderheid op artikel 63, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 5 mei 1993 en 6 januari 2014;	Vu la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux institutions bruxelloises, notamment l'article 63, modifié par les lois spéciales des 5 mai 1993 et 6 janvier 2014;
--	---	--

Aufgrund des Gesetzes vom 6. Juli 2017 zur Vereinfachung, Harmonisierung, Digitalisierung und Modernisierung von Bestimmungen im Bereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht und im Notariatswesen und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Justiz, insbesondere Artikel 2 bis 46;	Gelet op de wet van 6 juli 2017 houdende vereenvoudiging, harmonisering, informatisering en modernisering van bepalingen van burgerlijk recht en van burgerlijk procesrecht alsook van het notariaat, en houdende diverse bepalingen inzake justitie, inzonderheid op de artikelen 2 tot 46;	Vu la loi du 6 juillet 2017 portant simplification, harmonisation, informatisation et modernisation de dispositions de droit civil et de procédure civile ainsi que du notariat, et portant diverses mesures en matière de justice, notamment les articles 2 à 46 ;
---	--	---

Aufgrund des Gesetzes vom 18. Juni 2018 mit verschiedenen Bestimmungen in Sachen Zivilrecht und zur Änderung des Gerichtsgesetzbuches zur Förderung alternative Formen der Streitfalllösung, insbesondere Artikel 157 bis 161;	Gelet op de wet van 18 juni 2018 houdende diverse bepalingen inzake burgerlijk recht en houdende wijziging van het Gerechtelijk Wetboek met het oog op de bevordering van alternatieve vormen van geschillenoplossing, inzonderheid op de artikelen 157 tot 161.	Vu la loi du 18 juin 2018 portant dispositions diverses en matière de droit civil et portant modification du Code judiciaire en vue de promouvoir des formes alternatives de résolution des litiges, notamment les articles 157 à 161 ;
--	--	---

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der	Gelet op het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de	Vu l'accord de coopération du 12 décembre 2005 entre l'Etat fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone et la Commission
---	--	---

Deutschsprachigen
Gemeinschaft und der
Gemeinsamen
Gemeinschaftskommission
bezüglich der Umsetzung
des Gesetzes vom 24. April
2003 zur Reform der
Adoption;

Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissie
inzake de tenuitvoerlegging
van de wet van 24 april
2003 tot hervorming van de
adoptie;

communautaire commune
relatif à la mise en œuvre
de la loi du 24 avril 2003
réformant l'adoption ;

In Erwägung, dass eine
Änderung des
Zusammenarbeitsabkomm
ens aufgrund von
Änderungen im föderalen
Recht unentbehrlich ist;

Overwegende dat een
wijziging van het
samenwerkingsakkoord
noodzakelijk is wegens
wijzigingen die werden
aangebracht in de federale
wet;

Considérant qu'une
modification de l'accord de
coopération est nécessaire
en raison de modifications
qui ont été faites dans la loi
fédérale;

Zwischen:

Tussen:

Entre :

1. dem Föderalstaat,
vertreten durch den
Justizminister;

1. de Federale Staat,
vertegenwoordigd door de
Minister van Justitie;

1. l'Etat fédéral, représenté
par le Ministre de la Justice
;

2. der Flämischen
Gemeinschaft, vertreten
durch ihre Regierung, in der
Person des
Ministerpräsidenten und in
der Person des Ministers für
Gemeinwohl, der
Volksgesundheit und
Familie;

2. de Vlaamse
Gemeenschap,
vertegenwoordigd door
haar Regering, in de
persoon van de Minister-
President en van de
Minister van Welzijn,
Volksgezondheid en Gezin;

2. la Communauté
flamande, représentée par
son Gouvernement, en la
personne du Ministre-
Président et de la Ministre
du Bien-être, de la Santé
publique et de la Famille;

3. der Französischen
Gemeinschaft, vertreten
durch ihre Regierung, in der
Person des
Ministerpräsidenten und
des Ministers für Jugend,
Jugendhilfe, Justiz, Sport
und Förderung von Brüssel;

3. de Franse
Gemeenschap,
vertegenwoordigd door
haar Regering, in de
persoon van de Minister-
President en van de
Minister van Jeugd,
Hulpverlening aan de
Jeugd, Justitiehuzen, Sport
en Promotie van Brussel;

3. la Communauté
française, représentée par
son Gouvernement, en la
personne du Ministre-
Président et du Ministre de
la Jeunesse, de l'Aide à la
Jeunesse, des Maisons de
justice, des Sports et de la
Promotion de Bruxelles ;

4. der Deutschsprachigen
Gemeinschaft, vertreten
durch ihre Regierung, in der
Person des
Ministerpräsidenten und in
der Person des Ministers für

4. de Duitstalige
Gemeenschap,
vertegenwoordigd door
haar Regering, in de
persoon van de Minister-
President en van de

4. la Communauté
germanophone,
représentée par son
Gouvernement, en la
personne du Ministre-
Président et du Ministre de

Familie, Gesundheit und Soziales;	Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden;	la Famille, de la Santé et des Affaires sociales;
-----------------------------------	--	---

5. der gemeinsamen Gemeinschaftskommission, vertreten durch das vereinte Kollegium der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in der Person seines Präsidenten und der Mitglieder des Kollegiums, zuständig für die Politik der Unterstützung von Personen;	5. de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, vertegenwoordigd door het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, in de persoon van haar voorzitter en van de leden van het College die bevoegd zijn voor het beleid inzake bijstand aan personen;	5. la Commission communautaire commune, représentée par le Collège réuni de la Commission communautaire commune en la personne de son Président et des membres du Collège ayant la politique d'aide aux personnes dans leurs attributions;
--	--	--

Je nach ihren jeweiligen Befugnissen wurde das Folgende vereinbart:	Is op grond van hun respectieve bevoegdheden overeengekomen wat volgt:	En fonction de leurs compétences respectives, il a été convenu ce qui suit :
---	--	--

Kapitel 1. - Abänderungen des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption	Hoofdstuk 1. - Wijzigingen van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie	Chapitre 1^{er}. - Modifications de l'accord de coopération du 12 décembre 2005 relatif à la mise en œuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption
---	--	---

Artikel 1

Artikel 1

Article 1^{er}

In Artikel 1 Absatz 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption wird die Wortfolge	In artikel 1, eerste lid, van het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie worden de woorden "1231-28" vervangen door	Dans l'article 1 ^{er} , alinéa 1 ^{er} de l'accord de coopération du 12 décembre 2005 entre l'Etat fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune relatif à la mise en œuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption, les mots « 1231-28 » sont remplacés par les mots « 1231-1/2, alinéa 2 ».
--	--	--

„Artikel 1231-28" durch die de woorden "1231-1/2, Wortfolge „Artikel 1231-1/2 tweede lid," Absatz 2" ersetzt.

Artikel 2

Artikel 2

Article 2

Artikel 2 desselben
Zusammenarbeitsabkomm
ens wird wie folgt ersetzt:

Artikel 2 van hetzelfde
samenwerkingsakkoord
wordt vervangen als volgt:

L'article 2 du même accord
de coopération est
remplacé par ce qui suit :

„Art. 2. - Wurde die
Adoptionsvermittlung des
Kindes von einem von den
Gemeinschaften
anerkannten
Adoptionsvermittlungsdien
st begleitet, so gewährleisten
die Gemeinschaften eine
vorherige und
angemessene Information
der leiblichen Eltern des
Kindes, gemäß Artikel 348-
4 Absätze 2 und 3 des
Zivilgesetzbuches.

"Art. 2. – Wanneer de
matching van het kind werd
begeleid door een door de
Gemeenschappen erkende
adoptiedienst, wordt de
voorafgaande en gepaste
informatie aan de
oorspronkelijke ouders van
het kind, bedoeld in artikel
348-4, tweede en derde lid,
van het Burgerlijk Wetboek,
verstrekkt door de
Gemeenschappen.

« Art. 2. – Lorsque
l'apparement de l'enfant
a été encadré par un
organisme d'adoption
agréé par les
Communautés,
l'information préalable et
adéquate des parents
d'origine de l'enfant, visée à
l'article 348-4, alinéas 2 et
3, du Code civil, est assurée
par les Communautés.

Im Falle einer Adoption
gemäß Artikel 346-1/1
Absatz 2 des
Zivilgesetzbuches und
wenn die
Sozialuntersuchung vom
Familiengericht, gemäß
Artikel 346-1/2 des
Zivilgesetzbuches
angeordnet wird,
gewährleisten die
Gemeinschaften die in
Absatz 1 genannten
Informationen.

Wanneer het om een
adoptie gaat bedoeld in
artikel 346-1/1, tweede lid,
van het Burgerlijk Wetboek,
en het maatschappelijk
onderzoek wordt bevolen
door de familierechtbank
overeenkomstig artikel 346-
1/2 van het Burgerlijk
Wetboek, verstrekken de
Gemeenschappen de
informatie bedoeld in het
eerste lid.

Lorsqu'il s'agit d'une
adoption visée à l'article
346-1/1, alinéa 2 du Code
civil, et que l'enquête
sociale est ordonnée par le
tribunal de la famille en
application de l'article 346-
1/2 du Code civil, les
Communautés assurent
l'information visée à l'alinéa
1er.

Für die Anwendung des
Artikels 363-1 des
Zivilgesetzbuches ist die
zuständige
gemeinschaftliche
Zentralbehörde dazu
ermächtigt, zu erlauben,
dass der Adoptierende und
die Verwandten des Kindes

Voor de toepassing van
artikel 363-1 van het
Burgerlijk Wetboek is de
bevoegde centrale autoriteit
van de gemeenschappen
gemachtigd toe te staan dat
de adoptant en de
bloedverwanten van het
kind of enig ander persoon

Pour l'application de l'article
363-1 du Code civil,
l'autorité centrale
communautaire
compétente est habilitée à
autoriser que l'adoptant et
les parents de l'enfant ou
toute autre personne qui en
a la garde ou dont le

oder jegliche andere Person, die das Sorgerecht über das Kind ausübt oder deren Zustimmung zur Adoption erforderlich ist, wenn es keine Mitglieder derselben Familie betrifft, miteinander in Kontakt treten, bevor den Bestimmungen der Artikel 361-1 und 361-3 Nr. 1 bis 5 oder der Artikel 362-2 bis 362-4 des Zivilgesetzbuches Genüge getan ist, und sofern die von der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates des Kindes festgelegten Bedingungen erfüllt sind.“.

die het onder zijn bewaring heeft of van wie de toestemming in de adoptie vereist is, wanneer het geen leden van eenzelfde familie betreft, met elkaar in contact treden alvorens de bepalingen van de artikelen 361-1 en 361-3, 1° tot 5° of van de artikelen 362-2 tot 362-4 BW in acht zijn genomen, en voor zover is voldaan aan de door de bevoegde autoriteit van de staat van herkomst van het kind gestelde voorwaarden.“.

consentement à l'adoption est requis entrent en contact, lorsqu'il ne s'agit pas de membres d'une même famille, avant que les dispositions des articles 361-1 et 361-3, 1° à 5°, ou des articles 362-2 à 362-4 soient respectées et pour autant que les conditions fixées par l'autorité compétente de l'État d'origine de l'enfant soient remplies.“.

Artikel 3

Artikel 3

Article 3

Artikel 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens wird wie folgt ersetzt:

Artikel 3 van hetzelfde samenwerkingsakkoord wordt vervangen als volgt:

L'article 3 du même accord de coopération est remplacé par ce qui suit :

“Art. 3. § 1. Die Gemeinschaften stellen den Familiengerichten eine oder mehrere Dienste zur Verfügung, die mit der Durchführung der gemäß den Artikeln 348-11, Absatz 2 des Zivilgesetzbuches und den Artikeln 1231-1/4, 1231-6, Absatz 1, 1231-10, Absatz 1, Nr. 3 und 1231-35, Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches vom Familiengericht angeordneten Sozialuntersuchungen und der gemäß Artikel 1231-55 des Gerichtsgesetzbuches von der Familienkammer des Appellationshofes

“Art. 3. § 1. De Gemeenschappen stellen aan de familierechtbanken een of meerdere diensten ter beschikking, die belast worden met de realisering van de maatschappelijke onderzoeken die bevolen zijn door de familierechtbank overeenkomst artikel 348-11, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek en de artikelen 1231-1/4, 1231-6, eerste lid, 1231-10, eerste lid, 3° en 1231-35, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek, en het maatschappelijk onderzoek dat bevolen is door de

« Art. 3. § 1er. Les Communautés mettent à disposition des tribunaux de la famille un ou plusieurs services chargés de réaliser les enquêtes sociales ordonnées par le tribunal de la famille conformément à l'article 348-11, alinéa 2, du Code civil et aux articles 1231-1/4, 1231-6, alinéa 1er, 1231-10, alinéa 1er, 3° et 1231-35, alinéa 1er, du Code judiciaire, et celle ordonnée par la chambre de la famille de la Cour d'appel conformément à l'article 1231-55 du Code judiciaire.

angeordneten
Sozialuntersuchung
beauftragt werden.

familiekamer van het hof
van beroep overeenkomstig
artikel 1231-55 van het
Gerechtelijk Wetboek.

Die in Absatz 1 erwähnten
Sozialuntersuchungen
werden von dem Dienst
durchgeführt, den:

De maatschappelijke
onderzoeken bedoeld in het
eerste lid, worden gevoerd
door de dienst
aangewezen:

Les enquêtes sociales
visées à l'alinéa 1^{er} sont
menées par le service
désigné :

1° durch die Flämische
Gemeinschaft bezeichnet
wurde, wenn das
Verfahren:

1° door de Vlaamse
Gemeenschap, wanneer de
procedure werd ingeleid:

1° par la Communauté
flamande, lorsque la
procédure a été engagée :

a) vor einem
Familiengericht des
niederländischen
Sprachgebiets;

a) voor een
familierechtbank van het
Nederlandse taalgebied;

a) devant un tribunal de la
famille de la région de
langue néerlandaise ;

b) vor dem
niederländischsprachigen
Familiengericht Brüssel;

b) voor de Nederlandstalige
familierechtbank te Brussel;

b) devant le tribunal de la
famille néerlandophone de
Bruxelles ;

c) vor der
niederländischsprachigen
Familienkammer des
Appellationshofes Brüssel
eingeleitet wurde;

c) voor de Nederlandstalige
familierechtbank van het
hof van beroep te Brussel;

c) devant la chambre de la
famille néerlandophone de
la Cour d'appel de
Bruxelles ;

2° durch die Französische
Gemeinschaft bezeichnet
wurde, wenn das
Verfahren:

2° door de Franse
Gemeenschap, wanneer de
procedure werd ingeleid:

2° par la Communauté
française, lorsque la
procédure a été engagée :

a) vor einem
Familiengericht des
französischsprachigen
Sprachgebiets;

a) voor een
familierechtbank van het
Franse taalgebied;

a) devant un tribunal de la
famille de la région de
langue française ;

b) vor dem
französischsprachigen
Familiengericht Brüssel;

b) voor de Franstalige
familierechtbank te Brussel;

b) devant le tribunal de la
famille francophone de
Bruxelles ;

c) vor der
französischsprachigen
Familienkammer des
Appellationshofes Brüssel
eingeleitet wurde;

c) voor de Franstalige
familierechtbank van het
hof van beroep te Brussel;

c) la chambre de la famille
francophone de la Cour
d'appel de Bruxelles.

3° durch die
deutschsprachige
Gemeinschaft bezeichnet
wurde, wenn das Verfahren
vor dem Familiengericht
Eupen eingeleitet wurde.

3° door de Duitstalige
Gemeenschap, wanneer de
procedure werd ingeleid
voor de familierechtbank te
Eupen.

3° par la Communauté
germanophone, lorsque la
procédure a été engagée
devant le tribunal de la
famille d'Eupen.

§ 2. In den in Artikel 362-2 des Zivilgesetzbuches genannten Fällen, wenn das betreffende Kind seinen Aufenthalt in dem zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt hat, muss das Verfahren eingeleitet werden:

1° vor dem niederländischsprachigen Familiengericht, wenn die Adoption durch einen von der Flämischen Gemeinschaft zugelassenen Adoptionsdienst begleitet wird;

2° vor dem französischsprachigen Familiengericht, wenn die Adoption durch einen von der Französischen Gemeinschaft zugelassenen Adoptionsdienst begleitet wird.

In den in Absatz 1 genannten Fällen wird das Verfahren, wenn die Adoption nicht durch einen zugelassenen Adoptionsdienst begleitet wird, entweder vor dem niederländischsprachigen Familiengericht Brüssel oder vor dem französischsprachigen Familiengericht Brüssel eingeleitet.

§ 2. In de gevallen bedoeld in artikel 362-2 van het Burgerlijk Wetboek, wanneer het betrokken kind zijn verblijfplaats in het tweetalige gebied Brussel-Hoofdstad heeft, wordt de procedure verplicht ingeleid:

1° voor de Nederlandstalige familierechtbank, indien de adoptie wordt begeleid door een dienst die erkend is door de Vlaamse Gemeenschap;

2° voor de Franstalige familierechtbank, indien de adoptie wordt begeleid door een dienst die erkend is door de Franse Gemeenschap.

In de gevallen bedoeld in het eerste lid, wanneer de adoptie niet begeleid wordt door een erkende dienst, wordt de procedure ingeleid ofwel voor de Nederlandstalige familierechtbank te Brussel, ofwel voor de Franstalige familierechtbank te Brussel.

§ 2. Dans les cas visés à l'article 362-2 du Code civil, lorsque l'enfant concerné a sa résidence dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale, la procédure est obligatoirement introduite :

1° devant le tribunal de la famille néerlandophone, si l'adoption est encadrée par un organisme agréé par la Communauté flamande ;

2° devant le tribunal de la famille francophone, si l'adoption est encadrée par un organisme agréé par la Communauté française.

Dans les cas visés à l'alinéa 1er, lorsque l'adoption n'est pas encadrée par un organisme agréé, la procédure est introduite soit devant le tribunal de la famille néerlandophone de Bruxelles, soit devant le tribunal de la famille francophone de Bruxelles.

Artikel 4

In Artikel 4, Absatz 1 Buchstabe b) desselben Zusammenarbeitsabkommens werden folgende Änderungen vorgenommen:

1) die Wortfolge "die Ausarbeitung des Adoptionsprojektes oder die individuelle Sensibilisierung für die Adoption" werden durch die Wortfolge „das Adoptionsprojekt“ ersetzt;

2) die Wortfolge „und die Weltanschauung“ wird gestrichen;

3) die Worte „Alter, Geschlecht, Anzahl, Herkunft, körperliche und geistige Verfassung des Kindes“ werden gestrichen.

Artikel 4

In artikel 4, 1°, b), van hetzelfde samenwerkingsakkoord worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1) de woorden "de uitwerking van het adoptieproject of de individuele sensibilisering voor de adoptie" worden vervangen door de woorden "het adoptieproject";

2) de woorden "en de levensbeschouwelijke overtuiging" worden geschrapt;

3) de woorden "(leeftijd, geslacht, aantal, herkomst, lichamelijke en geestelijke toestand van het kind)" worden geschrapt.

Article 4

Dans l'article 4, 1°, b) du même accord de coopération, les modifications suivantes sont apportées :

1) les mots « l'élaboration du projet d'adoption ou la sensibilisation individuelle à l'adoption » sont remplacés par les mots « le projet d'adoption » ;

2) les mots « et les conceptions philosophiques » sont supprimés ;

3) les mots « (âge, sexe, nombre, origines, condition physique et mentale de l'enfant) » sont supprimés.

Artikel 5

In Artikel 5 desselben Zusammenarbeitsabkommens werden folgende Änderungen vorgenommen:

1) In Absatz 1 wird das Wort „beigefügten“ durch die Wortfolge „im Anhang 2 aufgeführten“ ersetzt;

2) In Absatz 1 wird die Wortfolge „ein Kind zu adoptieren“ durch die Wortfolge „das

Artikel 5

In artikel 5 van hetzelfde samenwerkingsakkoord worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1) in het eerste lid wordt het woord "bijlage" vervangen door de woorden "bijlage 2";

2) in het eerste lid worden de woorden "een kind te adopteren" vervangen door de woorden "het

Article 5

Dans l'article 5 du même accord de coopération, les modifications suivants sont apportées :

1) dans l'alinéa 1^{er}, le mot « annexe » est remplacé par les mots « annexe 2 » ;

2) dans l'alinéa 1^{er}, les mots « d'adopter un enfant » sont remplacés par les mots

Adoptionsprojekt fortzusetzen" ersetzt;	adoptieproject voort te zetten";	« de poursuivre le projet d'adoption » ;
--	-------------------------------------	---

3) Zwischen den Absätzen 1 und 2 wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:	3) tussen het eerste en het tweede lid wordt een lid ingevoegd, luidende:	3) Un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1 ^{er} et 2 :
---	---	--

„Diese Bescheinigung wird auf der Grundlage eines Dokuments erstellt, das die Reflexion des Arztes lenkt. Das Muster dieses Dokuments wird von den Gemeinschaften festgelegt.“.	"Dit attest wordt opgesteld op grond van een document dat de mogelijkheid biedt de reflectie van voornoemde arts richting te geven. Het model van dit document wordt vastgesteld door de Gemeenschappen.“.	« Cette attestation est rédigée sur la base d'un document permettant d'orienter la réflexion dudit médecin. Le modèle de ce document est fixé par les Communautés. ».
--	---	---

Artikel 6

Artikel 6

Article 6

Artikel 6 desselben Zusammenarbeitsabkomm ens wird wie folgt ersetzt:	Artikel 6 van hetzelfde samenwerkingsakkoord wordt vervangen als volgt:	L'article 6 du même accord de coopération est remplacé par ce qui suit :
---	---	--

„Art. 6. - Die Kosten der Sozialuntersuchung werden vom Föderalstaat auf der Basis eines Pauschalbetrags pro Sozialuntersuchung finanziert, dessen Höhe sich nach Art der zu finanzierenden Sozialuntersuchung richtet:	"Art. 6. - De kosten van het maatschappelijk onderzoek worden ten laste genomen door de Federale Staat op basis van een forfait per maatschappelijk onderzoek waarvan het bedrag wordt bepaald op grond van het type van maatschappelijk onderzoek dat ten laste moet worden genomen:	« Art. 6. - Les coûts de l'enquête sociale sont financés par l'Etat fédéral sur la base d'un forfait par enquête sociale dont le montant est fixé en fonction du type d'enquête sociale à financer :
--	---	---

- Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptierenden: 480 €;	- Maatschappelijk onderzoek inzake geschiktheid van de adoptanten: 480 €;	- Enquête sociale d'aptitude des adoptants : 480 € ;
---	--	---

- Sozialuntersuchung im Rahmen einer Eignungsverlängerung: 240 €;	- Maatschappelijk onderzoek in het kader van een verlenging van de geschiktheid : 240 €;	- Enquête sociale dans le cadre d'une prolongation de l'aptitude : 240 € ;
--	---	--

- Sozialuntersuchung im Rahmen intrafamiliärer Inlandsadoptionen und über die Adoptierbarkeit: 800 €;	- Maatschappelijk onderzoek intrafamiliaal binnenlands en inzake de adopteerbaarheid : 800 €;	- Enquête sociale intrafamiliale interne et sur l'adoptabilité: 800€ ;
---	--	--

- Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des belgischen Kindes für eine internationale Adoption: 480 €.

- Maatschappelijk onderzoek van de adopteerbaarheid van een Belgisch kind vooreen interlandelijke adoptie : 480 €.

- Enquête sociale de l'adoptabilité de l'enfant belge pour une adoption internationale : 480 €.

- Sozialuntersuchung wegen missbräuchlicher Verweigerung der Zustimmung: 240 €

- Maatschappelijk onderzoek voor onverantwoorde weigering van toestemming : 240 €.

- Enquête sociale pour refus abusif de consentement : 240€

Die in Absatz 1 angegebenen Beträge sind an den Preisindex, der in Anwendung des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit des Landes bestätigt vom Gesetz vom 30. März 1994 zur Festlegung sozialer Bestimmungen berechnet wird, gebunden und werden jährlich angepasst. Der Anfangsindex ist der von Januar 2020.

De in het eerste lid vermelde bedragen zijn gebonden aan de schommelingen van de prijsindex die wordt berekend met toepassing van het koninklijk besluit tot uitvoering van de wet van 6 januari 1989 tot vrijwaring van 's lands concurrentievermogen bevestigd bij de wet van 30 maart 1994 en worden elk jaar aangepast. De vertrekindex is deze van de maand januari 2020.

Les montants indiqués à l'alinéa 1^{er} sont liés aux fluctuations de l'indice des prix calculé en application de l'arrêté royal pris en exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays' confirmé par la loi du 30 mars 1994 'portant dispositions sociales' et sont adaptés chaque année. L'indice de départ est celui du mois de janvier 2020.

Alle zwei Jahre prüfen die Gemeinschaften und der Föderalstaat auf Antrag einer von ihnen, ob eine Anpassung des in Absatz 1 vorgesehenen Pauschalbetrags erforderlich ist. Gegebenenfalls wird der angepasste Pauschalbetrag in einem ausführende Zusammenarbeitsabkommen in Anwendung von Artikel 92bis § 1, Abs. 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen festgelegt. Diese Anpassung berücksichtigt eine

Om de twee jaar evalueren de Gemeenschappen en de federale Staat, op vraag van één van hen, de noodzaak om het toegekende forfait in het eerste lid aan te passen. In voorkomend geval wordt het aangepaste forfaitaire bedrag bepaald in een uitvoerend samenwerkingsakkoord in de zin van artikel 92bis, § 1, derde lid, van de bijzondere wet tot hervorming van de instellingen van 8 augustus 1980. Deze aanpassing houdt rekening met een evolutie van de kosten die de evolutie van de in het

Tous les deux ans, les communautés et l'Etat fédéral évaluent, à la demande de l'un d'eux, la nécessité d'adapter le montant forfaitaire prévu à l'alinéa 1^{er}. Le cas échéant, le montant forfaitaire adapté est déterminé dans un accord de coopération d'exécution au sens de l'article 92bis, § 1^{er}, alinéa 3, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980. Cette adaptation tient compte d'une évolution des coûts dépassant l'évolution de l'indice des prix visé à l'alinéa 2.

Entwicklung der Kosten, tweede lid beoogde
welche die Entwicklung des indexprijs overschrijdt.
Preisindexes gemäß
Absatz 2 überschreitet.

Der Föderalstaat leistet eine Anzahlung, die sich aus den Kosten der im Vorjahr durchgeführten Sozialuntersuchungen ergibt. Diese Anzahlung beträgt 50 Prozent dieser Kosten. Im Jahr, das dem Abschluss der Sozialuntersuchungen folgt, wird der Restbetrag gegen eine vor dem 31. März eingereichte Forderungsanmeldung ausgezahlt. Diese Forderungsanmeldung muss eine Aufführung der fälligen Beträge nach Art der Sozialuntersuchung sowie das Gericht, das die Sozialuntersuchung angeordnet hat, und die Listennummer der Sache enthalten.“

De federale Staat stort een voorschot berekend op basis van de kosten van de gerealiseerde maatschappelijke onderzoeken van het voorgaande jaar. Dat voorschot is 50 percent van deze kosten. In het jaar dat volgt op de gerealiseerde maatschappelijke onderzoeken, wordt het saldo gestort op voorlegging, voor 31 maart, van een schuldverklaring. In deze schuldverklaring worden de bedragen opgedeeld per type van maatschappelijke onderzoeken, evenals het rechtscollege dat het maatschappelijk onderzoek bevolen heeft en het rolnummer van de zaak.”

L'Etat fédéral verse un acompte calculé sur la base du coût des enquêtes sociales réalisées l'année précédente. Cet acompte s'élève à 50 pourcent de ce coût. Dans l'année qui suit la réalisation des enquêtes sociales, le solde est versé sur présentation, avant le 31 mars, d'une déclaration de créance. Cette déclaration de créance comprend une ventilation des montants dus par type d'enquêtes sociales, ainsi que la juridiction ayant ordonné l'enquête sociale et le numéro de rôle de l'affaire. ».

Artikel 7

In demselben
Zusammenarbeitsabkomm
en wird folgendes Kapitel
Ilbis eingefügt:

„KAPITEL IIIBIS. - Bericht
gemäß Artikel 361-2/1 des
Zivilgesetzbuches und
gemäß Artikel 1231-38 des
Gerichtsgesetzbuches “

Artikel 7

In hetzelfde
samenwerkingsakkoord
wordt een hoofdstuk IIbis
ingevoegd, luidende:

“HOOFDSTUK IIIBIS. –
Verslag bedoeld in de
artikel 361-2/1 van het
Burgerlijk Wetboek en
artikel 1231-38 van het
Gerechtelijk Wetboek”

Article 7

Dans le même accord de
coopération, il est inséré un
chapitre IIbis rédigé comme
suit :

« CHAPITRE IIIBIS. –
Rapport visé à l'article 361-
2/1 du Code civil et à
l'article 1231-38 du Code
judiciaire »

Artikel 8

In das durch Artikel 7 eingefügte Kapitel IIbis wird folgender Artikel 6/1 eingefügt:

„Art. 6/1. - Der in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuches erwähnte Bericht wird nach einem von der zuständigen Gemeinschaft festgelegten Muster:

1° entweder direkt von der zuständigen gemeinschaftlichen Zentralbehörde;

2° oder durch den von der zuständigen Gemeinschaft bezeichneten Dienst, mit Zustimmung der zuständigen gemeinschaftlichen Zentralbehörde, erstellt.

Die zuständige gemeinschaftliche Zentralbehörde übermittelt diesen Bericht zusammen mit der in Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuches erwähnten Stellungnahme der Staatsanwaltschaft an die föderale Zentralbehörde zum Zeitpunkt des Antrags auf Anerkennung.

Die zuständige gemeinschaftliche Zentralbehörde kann die Aktualisierung der in Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuches erwähnten Stellungnahme der Staatsanwaltschaft beantragen.

Artikel 8

In hoofdstuk IIbis, ingevoegd bij artikel 7, wordt een artikel 6/1 ingevoegd, luidende:

„Art. 6/1. - Het verslag bedoeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek wordt opgesteld volgens een model vastgelegd door de bevoegde Gemeenschap:

1° ofwel direct door de centrale autoriteit van de bevoegde Gemeenschap;

2° ofwel door de dienst aangewezen door de bevoegde Gemeenschap, mits de bevoegde centrale autoriteit van de Gemeenschap haar goedkeuring heeft gegeven.

De bevoegde centrale autoriteit van de Gemeenschap zendt dit verslag, evenals het advies van het openbaar ministerie bedoeld in artikel 1231-1/5, van het Gerechtelijk Wetboek, toe aan de federale centrale autoriteit op het ogenblik van het verzoek tot erkenning.

De bevoegde centrale autoriteit van de Gemeenschap kan een actualisering vragen van het advies van het openbaar ministerie bedoeld in artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek.

Article 8

Dans le chapitre IIbis, inséré par l'article 7, il est inséré un article 6/1 rédigé comme suit :

« Art. 6/1. - Le rapport visé à l'article 361-2/1 du Code civil est rédigé selon un modèle fixé par la Communauté compétente :

1° soit directement par l'autorité centrale communautaire compétente ;

2° soit par le service désigné par la Communauté compétente, moyennant approbation par l'autorité centrale communautaire compétente.

L'autorité centrale communautaire compétente transmet ce rapport, ainsi que l'avis du Ministère public visé à l'article 1231-1/5 du Code judiciaire, à l'autorité centrale fédérale au moment de la demande de reconnaissance.

L'autorité centrale communautaire compétente peut demander l'actualisation de l'avis du Ministère public visé à l'article 1231-1/5 du Code judiciaire.

Für die Zwecke des vorliegenden Artikels ist die zuständige Gemeinschaft diejenige, die das Adoptionsverfahren entweder direkt oder durch einen zugelassenen Adoptionsdienst begleitet. „

Artikel 9

In demselben Kapitel IIbis wird folgender Artikel 6/2 eingefügt:

„Art. 6/2 - Der Bericht gemäß Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuches wird nach einem von der zuständigen Gemeinschaft festgelegten Muster erstellt:

„1° Entweder direkt von der zuständigen gemeinschaftlichen Zentralbehörde;

2° oder durch den von der zuständigen Gemeinschaft bezeichneten Dienst, mit Zustimmung der zuständigen gemeinschaftlichen Zentralbehörde.

Für die Zwecke des vorliegenden Artikels ist die zuständige Gemeinschaft diejenige, die das Adoptionsverfahren entweder direkt oder durch einen zugelassenen Adoptionsdienst begleitet. „

Artikel 10

Voor de toepassing van dit artikel is de bevoegde Gemeenschap degene die de adoptieprocedure begeleidt, ofwel direct, ofwel via een erkende dienst.“.

Artikel 9

In hetzelfde hoofdstuk IIbis wordt een artikel 6/2 ingevoegd, luidende:

“Art. 6/2.- Het verslag bedoeld in artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek wordt opgesteld volgens een model vastgelegd door de bevoegde Gemeenschap:

“1° ofwel direct door de centrale autoriteit van de bevoegde Gemeenschap;

2° ofwel door de dienst aangewezen door de bevoegde Gemeenschap, mits de bevoegde centrale autoriteit van de Gemeenschap haar goedkeuring heeft gegeven.

Voor de toepassing van dit artikel is de bevoegde Gemeenschap degene die de adoptieprocedure begeleidt, ofwel direct, ofwel via een erkende dienst.“

Artikel 10

Pour l'application du présent article, la Communauté compétente est celle qui encadre la procédure d'adoption, soit directement, soit par l'intermédiaire d'un organisme agréé. ».

Article 9

Dans le même chapitre IIbis, il est inséré un article 6/2 rédigé comme suit :

« Art. 6/2.- Le rapport visé à l'article 1231-38 du Code judiciaire est rédigé selon un modèle fixé par la Communauté compétente :

1° Soit directement par l'autorité centrale communautaire compétente ;

2° soit par le service désigné par la Communauté compétente, moyennant approbation par l'autorité centrale communautaire compétente.

Pour l'application du présent article, la Communauté compétente est celle qui encadre la procédure d'adoption, soit directement, soit par l'intermédiaire d'un organisme agréé. »

Article 10

In demselben Zusammenarbeitsabkomm en wird der Titel von Kapitel 3 durch folgenden Wortfolge ersetzt:	In hetzelfde samenwerkingsakkoord wordt het opschrift van hoofdstuk 3 vervangen als volgt:	Dans le même accord de coopération, l'intitulé du chapitre 3 est remplacé par ce qui suit :
---	--	--

„KAPITEL III. - Mitteilung und Übermittlung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen“	„HOOFDSTUK III. - Meedelen en overzenden van documenten, verslagen en beslissingen“.	« CHAPITRE III. - Communication et transmission de documents, rapports et décisions »
--	---	---

Artikel 11

Artikel 11

Article 11

Im gleichen Kapitel 3 wird Abschnitt 1, der Artikel 7 beinhaltet, aufgehoben.	In hetzelfde hoofdstuk 3 wordt afdeling 1, die artikel 7 omvat, opgeheven.	Dans le même chapitre 3, la section 1 ^{ère} , comportant l'article 7, est abrogée.
---	--	---

Artikel 12

Artikel 12

Article 12

Im gleichen Kapitel 3 wird der Titel von Abschnitt 2, der zu Abschnitt 1 wird, wie folgt ersetzt:	In hetzelfde hoofdstuk 3 wordt het opschrift van afdeling 2, die afdeling 1 wordt, vervangen als volgt:	Dans le même chapitre 3, l'intitulé de la section 2, qui devient la section 1 ^{ère} , est remplacé par ce qui suit :
--	--	--

„Abschnitt 1. – Internationale Adoption – Das Kind hat seinen gewöhnlichen Aufenthaltort in einem anderen Staat“	„Afdeling 1. – Interlandelijke adoptie - Het kind heeft zijn gewone verblijfplaats in een andere Staat“	« Section 1 ^{ère} . – Adoption internationale – L'enfant réside habituellement dans un autre Etat »
---	--	---

Artikel 13

Artikel 13

Article 13

Artikel 8 desselben Zusammenarbeitsabkomm ens wird wie folgt abgeändert:	In artikel 8 van hetzelfde samenwerkingsakkoord worden de volgende wijzigingen aangebracht:	Dans l'article 8 du même accord de coopération, les modifications suivantes sont apportées :
---	--	---

1) die Wortfolge „der von der Staatsanwaltschaft in Anwendung von Artikel 1231-32 des Gerichtsgesetzbuches verfasst wird, und“ wird durch die Wortfolge „gemäß Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuches,“ ersetzt;	1) de woorden "dat het openbaar ministerie heeft opgemaakt overeenkomstig artikel 1231-32 van het Gerechtig Wetboek en" worden vervangen door de woorden "bedoeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek,";	1) les mots « , dressé par le ministère public en application de l'article 1231- 32 du Code judiciaire, et » sont remplacés par les mots « visé à l'article 361-2/1 du Code civil, » ;
---	--	--

- | | | |
|--|--|--|
| <p>2) die Wortfolge „und eine Abschrift der schriftlichen Stellungnahme der Staatsanwaltschaft, gemäß Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuches“ wird zwischen die Wortfolgen „Eignung des Adoptierenden“ und „wird sowohl“ eingefügt;</p> | <p>2) de woorden “en het afschrift van het schriftelijk advies van het openbaar ministerie bedoeld in artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek” worden ingevoegd tussen de woorden “de geschiktheid van de adoptant” en “worden bewaard”;</p> | <p>2) les mots « et la copie de l'avis écrit du ministère public visé à l'article 1231-1/5 du Code judiciaire » sont insérés entre les mots « l'aptitude de l'adoptant » et « sont conservés » ;</p> |
| <p>3) die Wortfolge „1231-33 des Gerichtsgesetzbuches“ wird durch die Wortfolge „6/1 des vorliegenden Abkommens“ ersetzt;</p> | <p>3) de woorden “1231-33 van het Gerechtelijk Wetboek” worden vervangen door de woorden “6/1 van dit akkoord”;</p> | <p>3) les mots « 1231-33 du Code judiciaire » sont remplacés par les mots « 6/1 du présent accord » ;</p> |
| <p>4) Absatz 2 wird aufgehoben.</p> | <p>4) het tweede lid wordt opgeheven.</p> | <p>4) l'alinéa 2 est abrogé.</p> |

Artikel 14

Artikel 14

Article 14

In demselben Kapitel 3 wird der Titel von Abschnitt 3, der zu Abschnitt 2 wird, wie folgt ersetzt:

In hetzelfde hoofdstuk 3 wordt het opschrift van afdeling 3, die afdeling 2 wordt, vervangen als volgt:

Dans le même chapitre 3, l'intitulé de la section 3, qui devient la section 2, est remplacé par ce qui suit :

„Abschnitt 2. – Internationale Adoption – Das Kind hat seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Belgien“.

"Afdeling 2. - Interlandelijke adoptie - Het kind heeft zijn gewone verblijfplaats in België".

« Section 2. - Adoption internationale - L'enfant réside habituellement en Belgique ».

Artikel 15

Artikel 15

Article 15

Artikel 10 desselben Zusammenarbeitsabkommens wird wie folgt abgeändert:

In artikel 10 van hetzelfde samenwerkingsakkoord worden de volgende wijzigingen aangebracht:

Dans l'article 10 du même accord de coopération, les modifications suivantes sont apportées :

1° die Wortfolge „des Gerichtsgesetzbuches“ wird nach der Wortfolge „im Artikel 1231-42“ eingefügt;

1° de woorden “van het Gerechtelijk Wetboek” worden toegevoegd na de woorden “in artikel 1231-42”;

1° les mots « du Code judiciaire » sont ajoutés après les mots « à l'article 1231-42 » ;

2° die Wortfolge „oder die zentrale Behörde der gemeinsamen Gemeinschaftskommission“ wird gestrichen.

Artikel 16
wird wie folgt abgeändert:

2° de woorden "of de centrale autoriteit van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie" worden opgeheven.

Artikel 16

2° les mots « ou l'autorité centrale de la Commission communautaire commune » sont supprimés.

Article 16

Artikel 11 desselben Zusammenarbeitsabkommens wird wie folgt ersetzt:

„Art. 11. Sowohl die föderale Zentralbehörde als auch die gemeinschaftliche Zentralbehörde, die den in Artikel 1231-38 des Gerichtsgesetzbuches erwähnten Bericht erstellt oder genehmigt hat, bewahren eine Abschrift des genannten Berichts und des Urteils über die Adoptierbarkeit des Kindes auf. „.

Artikel 11 van hetzelfde samenwerkingsakkoord wordt vervangen door de volgende:

„Art. 11. De federale centrale autoriteit en de centrale autoriteit van de Gemeenschap die het verslag bedoeld in artikel 1231-38 van het Gerechtelijk Wetboek heeft opgesteld of goedgekeurd, bewaren elk een afschrift van dat verslag en van het vonnis betreffende de adopteerbaarheid van het kind.“.

L'article 11 du même accord de coopération est remplacé par ce qui suit :

« Art. 11. L'autorité centrale fédérale et l'autorité centrale communautaire qui a rédigé ou approuvé le rapport visé à l'article 1231-38 du Code judiciaire conservent chacune une copie dudit rapport et du jugement relatif à l'adoptabilité de l'enfant. ».

Artikel 17

Artikel 17

Article 17

Artikel 12 desselben Zusammenarbeitsabkommens wird wie folgt abgeändert:

1) § 2 wird wie folgt ersetzt:

„§ 2. Der Konzertierungs- und Begleitausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

- ein Vertreter des Justizministers;

In artikel 12 van hetzelfde samenwerkingsakkoord worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1) paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

„§ 2. De Commissie van overleg en opvolging is samengesteld als volgt:

- een vertegenwoordiger van de Minister van Justitie;

Dans l'article 12 du même accord de coopération, les modifications suivantes sont apportées :

1) Le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2. La Commission de concertation et de suivi est composée comme suit :

- un représentant du Ministre de la Justice;

- | | | |
|---|---|--|
| - ein Vertreter des FÖD
Auswärtige
Angelegenheiten; | - een vertegenwoordiger
van de FOD Buitenlandse
Zaken; | - un représentant du SPF
Affaires étrangères; |
| - ein Vertreter des FÖD
Inneres; | - een vertegenwoordiger
van de FOD Binnenlandse
Zaken; | - un représentant du SPF
Intérieur; |
| - für jede Gemeinschaft, ein
Vertreter des Ministers, der
die Adoption in seiner
Zuständigkeit hat, und zwei
Vertreter der Mitglieder des
Gemeinsamen Kollegiums,
die für den
Personenbeistand
zuständig sind; | - voor elke Gemeenschap
een vertegenwoordiger van
de Minister tot wiens
bevoegdheid adoptie
behoort, en twee
vertegenwoordigers van de
leden van het Verenigd
College van de
Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissie
die bevoegd zijn voor het
beleid inzake bijstand aan
personen; | - un représentant du
Ministre ayant l'adoption
dans ses attributions pour
chaque Communauté et
deux représentants des
Membres du Collège réuni
de la Commission
communautaire commune
compétents pour la
politique de l'aide aux
personnes; |
| - mindestens aus einem
Vertreter der föderalen
Zentralbehörde und jeder
zentralen Behörde der
Gemeinschaften und
mindestens aus einem
Vertreter der für den
Personenbeistand
zuständigen Dienste der
gemeinsamen
Gemeinschaftskommission; | - ten minste één
vertegenwoordiger van de
federale centrale autoriteit
en van iedere centrale
autoriteit van een
Gemeenschap, en ten
minste één
vertegenwoordiger van de
diensten van de
Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissie
die bevoegd zijn voor het
beleid inzake bijstand aan
personen; | - au moins un représentant
de l'autorité centrale
fédérale et de chaque
autorité centrale d'une
Communauté, et au moins
un représentant des
services de la Commission
communautaire commune
compétents pour la
politique de l'aide aux
personnes ; |
| - ein Vertreter des
Kollegiums der
Generalprokuratoren und
zwei Vertreter des Rates
der Staatsanwälte, von
denen einer für die
französischsprachige und
der andere für die
niederländischsprachige
Rolle zuständig ist; | - een vertegenwoordiger
van het College van
procureurs-generaal, en
twee vertegenwoordigers
van de Raad van
procureurs des Konings,
waarvan één van de
Nederlandse taalrol en één
van de Franse taalrol; | - un représentant du
Collège des Procureurs-
généraux, et deux
représentants du Conseil
des procureurs du Roi, dont
l'un du rôle linguistique
francophone et l'autre du
rôle linguistique
néerlandophone; |

- zwei Richter am Familiengericht, von denen einer französischsprachig und der andere niederländischsprachig ist;	- twee rechters die zitting houden in de familierechtbank, de ene Nederlandstalig en de andere Franstalig;	- deux juges siégeant au tribunal de la famille, l'un d'expression française, l'autre d'expression néerlandaise ;
- zwei Ratsmitglieder am Berufungsgericht zuständig für Familienangelegenheiten, von denen einer französischsprachig und der andere niederländischsprachig ist. “.	- twee raadsheren zetelend in het hof van beroep in familiezaken, de ene Nederlandstalig en de andere Franstalig.”.	- deux conseillers siégeant à la Cour d'Appel dans les affaires familiales, l'un d'expression française, l'autre d'expression néerlandaise. ».
2) § 3 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:	2) Paragraaf 3, tweede lid, wordt vervangen als volgt:	2) Le § 3, alinéa 2, est remplacé par ce qui suit :
„Den Vorsitz führt der Vertreter des Justizministers. Das Sekretariat wird von der föderalen Zentralbehörde wahrgenommen. “.	“Zij wordt voorgezeten door de vertegenwoordiger van de Minister van Justitie. Het secretariaat wordt waargenomen door de federale centrale autoriteit.”.	« Elle est présidée par le représentant du Ministre de la Justice. Le secrétariat est assuré par l'autorité centrale fédérale. ».
3) Es wird folgender § 4 eingefügt:	3) Er wordt een § 4 ingevoegd, luidende:	3) Il est inséré un § 4, rédigé comme suit :
„§ 4. Der Konzertierungs- und Begleitausschuss kann eine Geschäftsordnung festlegen. “.	“§ 4. - De Commissie van overleg en opvolging kan een huishoudelijk reglement opstellen.”.	« § 4. - La Commission de concertation et de suivi peut établir un règlement d'ordre intérieur. ».
Kapitel 2. Änderungen der Anhänge	Hoofdstuk 2. Wijzigingen van de bijlagen	Chapitre 2. Modifications des annexes
Artikel 18	Artikel 18	Article 18
In demselben Zusammenarbeitsabkomm en werden Anhang 1 und Anhang 2 durch Anhang 1 bzw. Anhang 2 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkomm ens ersetzt.	In hetzelfde samenwerkingsakkoord worden de bijlage 1 en de bijlage 2 vervangen door de bijlage 1 en de bijlage 2 gevoegd bij huidig samenwerkingsakkoord.	Dans le même accord de coopération, l'annexe 1 ^{re} et l'annexe 2 sont respectivement remplacées par l'annexe 1 ^{re} et l'annexe 2 jointes au présent accord de coopération.

Kapitel 3. Inkrafttreten

Hoofdstuk3. Inwerkingtreding

- Chapitre 3. - Entrée en vigueur

Artikel 19

Artikel 19

Article 19

Vorliegendes
Zusammenarbeitsabkomm
en tritt zu dem durch den
Königlichen Erlass, gemäß
Artikel 47 des Gesetzes
vom 6. Juli 2017 zur
Vereinfachung,
Harmonisierung,
Digitalisierung und
Modernisierung von
Bestimmungen im Bereich
Zivilrecht und im
Zivilprozessrecht und im
Notariatswesen und zur
Festlegung verschiedener
Bestimmungen im Bereich
Justiz festgelegten
Zeitpunkt in Kraft.

Dit samenwerkingsakkoord
treedt in werking op de
datum vastgesteld bij
koninklijk besluit, op grond
van artikel 47 van de wet
van 6 juli 2017 houdende
vereenvoudiging,
harmonisering,
informatisering en
modernisering van
bepalingen van burgerlijk
recht en van burgerlijk
procesrecht alsook van het
notariaat, en houdende
diverse bepalingen inzake
justitie.

Le présent accord de
coopération entre en
vigueur à la date fixée par
arrêté royal, en vertu de
l'article 47 de la loi du 6
juillet 2017 portant
simplification,
harmonisation,
informatisation et
modernisation de
dispositions de droit civil et
de procédure civile ainsi
que du notariat, et portant
diverses mesures en
matière de justice.

Erstellt in Brüssel, am
, in fünf Originalexemplaren
in französischer, deutscher
und niederländischer
Sprache.

Gedaan te Brussel, op
, in vijf originele
exemplaren in de
Nederlandse, de Franse en
de Duitse taal.

Fait à Bruxelles, le
, en cinq exemplaires
originaux en français, en
allemand et en néerlandais.

Für den Föderalstaat:

Voor de Federale Staat:

Pour l'Etat fédéral :

Der Minister der Justiz,

De Minister van Justitie,

Le Ministre de la Justice,

K. GEENS

K. GEENS

K. GEENS

Für die Flämische
Gemeinschaft:

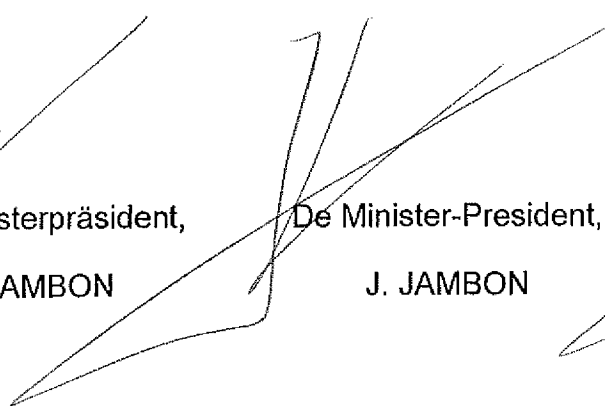
Voor de Vlaamse
Gemeenschap:

Pour la Communauté
flamande :



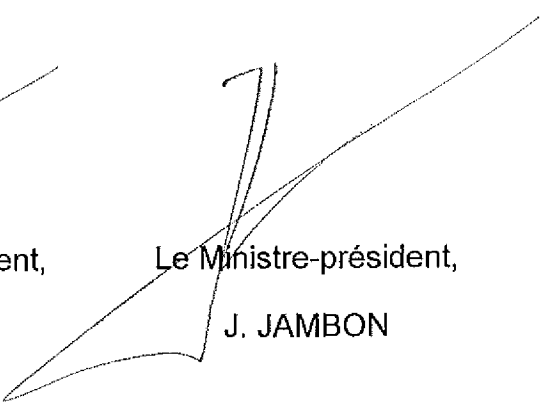
Der Ministerpräsident,

J. JAMBON



De Minister-President,

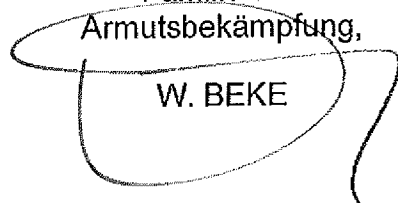
J. JAMBON



Le Ministre-président,

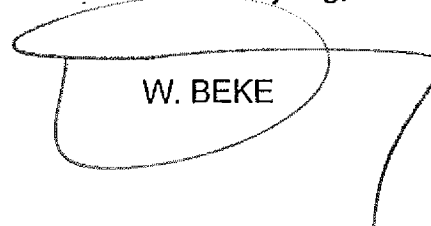
J. JAMBON

Der Minister für Wohlfahrt,
öffentliche Gesundheit,
Familie und
Armutsbekämpfung,



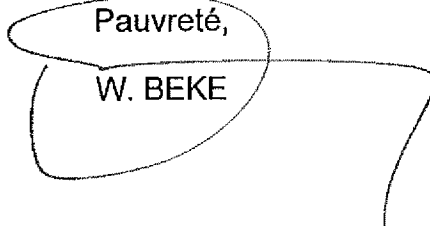
W. BEKE

De Minister van Welzijn,
Volksgezondheid, Gezin en
Armoedebestrijding,



W. BEKE

Le Ministre du Bien-être,
de la Santé, de la Famille
et de la Lutte contre la
Pauvreté,



W. BEKE

Für die Französische
Gemeinschaft:

Voor de Franse
Gemeenschap:

Pour la Communauté
française :



Der Ministerpräsident,

P.-Y. JEHOLET



De Minister-President,

P.-Y. JEHOLET



Le Ministre-président,

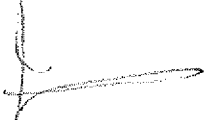
P.-Y. JEHOLET

Ministers für Jugend,
Jugendhilfe, Justiz, Sport
und Förderung von Brüssel

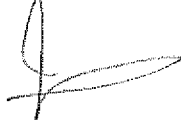
De Minister van Hoger
Onderwijs, Onderwijs voor
Sociale Promotie,
Universitaire Ziekenhuizen,
Jeugdzorg, Justitiehuisen,
jeugd, Sport en e
Promotie van Brussel,

Ministre de l'Enseignement
supérieur, de
l'Enseignement de la
Promotion sociale, des
Hôpitaux universitaires, de
l'Aide à la jeunesse, de la
Maisons de Justice, de la
Jeunesse, des Sports et de
la Promotion de Bruxelles,

V. GLATIGNY



V. GLATIGNY



V. GLATIGNY



Für die Deutschsprachige
Gemeinschaft:

Voor de Duitstalige
Gemeenschap:

Pour la Communauté
germanophone :

Der Ministerpräsident,

De Minister-President,

Le Ministre-président,

O. PAASCH

O. PAASCH

O. PAASCH

Der Minister für Familie,
Gesundheit und Soziales,

De Minister van Gezin,
Gezondheid en Sociale
Aangelegenheden,

Le Ministre de la Famille,
de la Santé et des Affaires
sociales,

A. ANTONIADIS

ANTONIADIS

ANTONIADIS

Für die Gemeinsame
Gemeinschaftskommission:

Der Präsident des
Vereinigten Kollegiums der
Gemeinsamen
Gemeinschaftskommission,

R. VERVOORT

Voor de
Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissie:

De voorzitter van het
Verenigd College van de
Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissie,

R. VERVOORT

Pour la Commission
communautaire commune :

Le président du Collège
réuni de la Commission
communautaire commune,

R. VERVOORT



Das Mitglied des
Vereinigten Kollegiums
zuständig für die
Personenbeistandspolitik,
Familienleistungen, das
öffentliche Amt, Finanzen,
den Haushalt,
Außenbeziehungen und die
Filmkontrolle,

B. CLERFAYT



Het lid van het College
bevoegd voor het beleid
inzake bijstand aan
personen, gezinsbijslagen,
openbaar ambt, financiën,
begroting, externe
Betrekkingen en
filmkeuring

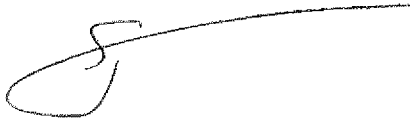
B. CLERFAYT

Le membre du Collège
compétent pour la politique
d'aide aux personnes, les
prestations familiales,
fonction publique, finance,
budget, relations
extérieures et le Contrôle
des films,

B. CLERFAYT

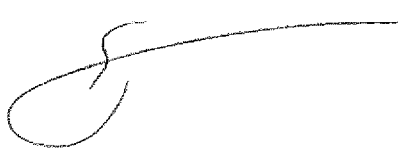
Das Mitglied des
Vereinigten Kollegiums
zuständig für die
Personenbeistandspolitik,
Familienleistungen, das
öffentliche Amt, Finanzen,
den Haushalt,
Außenbeziehungen und die
Filmkontrolle,

S. GATZ



Het lid van het College
bevoegd voor het beleid
inzake bijstand aan
personen, gezinsbijslagen,
openbaar ambt, financiën,
begroting, externe
Betrekkingen en
filmkeuring

S. GATZ



Le membre du Collège
compétent pour la politique
d'aide aux personnes, les
prestations familiales,
fonction publique, finance,
budget, relations
extérieures et le Contrôle
des films,

S. GATZ

